AgEcon SEARCH
RESEARCH IN AGRICULTURAL & APPLIED ECONOMICS

The World's Largest Open Access Agricultural & Applied Economics Digital Library

This document is discoverable and free to researchers across the globe due to the work of AgEcon Search.

Help ensure our sustainability.

Give to AgEcon Search

AgEcon Search
http://ageconsearch.umn.edu
aesearch@umn.edu

*Papers downloaded from **AgEcon Search** may be used for non-commercial purposes and personal study only. No other use, including posting to another Internet site, is permitted without permission from the copyright owner (not AgEcon Search), or as allowed under the provisions of Fair Use, U.S. Copyright Act, Title 17 U.S.C.*

Indikatoren und Karten zur Darstellung von Potenzialen bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen auf Landkreisebene

Reiner Plankl, Stefan Neumeier, Torsten Osigus, Patrick Küpper, Peter Mehl

Thünen Working Paper 59

Dr. Reiner Plankl
Dr. Stefan Neumeier
Torsten Osigus, M.A.
Dr. Patrick Küpper
Dr. Peter Mehl

alle Thünen-Institut für Ländliche Räume

Johann Heinrich von Thünen-Institut
Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei
Bundesallee 50
38116 Braunschweig

Tel.: 0531-596-5502 (Sekretariat)
Fax: 0531-596-5599
E-Mail: lr@thuenen.de
www.thuenen.de

Ansprechpartner:

Dr. Peter Mehl
Tel.: 0531-596-5243
E-Mail: peter.mehl@thuenen.de

Thünen Working Paper 59

Braunschweig/Germany , Juli 2016

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis 1

Abbildungsverzeichnis III

Zusammenfassung i

Summary ii

I Einleitung 1

1 Sachverhalt und Vorgehensweise 1

2 Auswahl der Indikatoren 1

II Integrationsrelevante Indikatoren und Karten: Ergebnisse 3

1 Arbeitsmarkt 3
Indikator 1: Gemeldete erwerbsfähige Personen je offene Stellen 4
Indikator 1-1: Offene Stellen je 1.000 Erwerbsfähige 6
Indikator 1-2: Gemeldete offene Stellen je 100 Arbeitslose 8
Indikator 2: Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter über 50 Jahre an sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen insgesamt 10
Indikator 3: Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter aus Hauptasylzugangsländern an sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen insgesamt 12
Indikator 4: Angebotene betriebliche Ausbildungsplätze je 100 Bewerber 14
Indikator 5: Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 16

2 Wohlstand und kommunale Finanzsituation 19
Indikator 6: Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 20
Indikator 7: Kommunale Schulden je Einwohner 22
Indikator 8: Kommunale Einnahmen je Einwohner 24

3 Wohnungsmarkt 27
Indikator 9: Wohnungsleerstandsquote 28
Indikator 9-1: Wohnungsleerstandsquote (empirica) 30

4 Demografischer Handlungsbedarf und Daseinsvorsorge 33
Indikator 10: Herausforderungen bei der Daseinsvorsorge durch den demographischen Wandel 34

5 Zentralität und Erreichbarkeit 37
Indikator 11: Erreichbarkeit Zentraler Orte 38
Indikator 12: Erreichbarkeit von Mittelzentren 42
Indikator 13: Erreichbarkeit des nächsten Supermarkts oder Discounter 46

6 Gesellschaftliche Reaktionen auf die Flüchtlingsentwicklung 49
Indikator 14: Anzahl flüchtlingsfeindlicher Vorfälle zwischen Januar 2015 und Mai 2016 50
Indikator 15: Anzahl der von Pro Asyl registrieren Initiativen ehren-amtlichen Engagements 54

7 Bestehender Integrationsbedarf 57
Indikator 16: Index Integrationsbedarf (Menschen mit Migrationshintergrund und Zuzüge aus dem Ausland) 58

III Abschließende Bemerkungen 61

Literaturverzeichnis 63

Anhang 66

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Gemeldete erwerbsfähige Personen je offene Stellen, 2014	5
Abbildung 1-1a:	Offene Stellen je 1.000 Erwerbsfähige, August 2015	7
Abbildung 1-1b:	Gemeldete offene Stellen je 1.000 Erwerbsfähige 20 bis 59 Jahre, Jahresdurchschnitt 2015 (Karte entnommen aus empirica, 2016, S. 32)	7
Abbildung 1-2:	Gemeldete offene Stellen je 100 Arbeitslose, Dezember 2014	9
Abbildung 2:	Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter älter 50 Jahre an sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen insgesamt	11
Abbildung 3:	Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter aus Hauptasylzugangsländern an sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen insgesamt	13
Abbildung 4:	Angebotene betriebliche Ausbildungsplätze je 100 Bewerber	15
Abbildung 5:	Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen dem Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2003 und dem Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2013	17
Abbildung 6:	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner	21
Abbildung 7:	Kommunale Schulden je Einwohner	23
Abbildung 8:	Einnahmen je Einwohner	25
Abbildung 9:	Wohnungsleerstandsquote auf Landkreisebene	29
Abbildung 9-1:	Regionale Leerstände 2011 (Wohnungsleerstand in Deutschland 2011)	31
Abbildung 9-2:	Wohnungsleerstandsquoten Jahresende 2014 bezogen auf den gesamten Wohnungsbestand (MFH+EZFH) - Leerstand Zensus 2011 fortgeschrieben	31
Abbildung 10:	Herausforderungen bei der Daseinsvorsorge durch den demografischen Wandel	35
Abbildung 11:	Median Erreichbarkeit von Zentralen Orten pro Kreis	39
Abbildung 12:	Median Erreichbarkeit von Zentralen Orten pro Gemeinde	40
Abbildung 13:	Median Erreichbarkeit von Mittelzentren pro Kreis	43
Abbildung 14:	Median Erreichbarkeit von Mittelzentren pro Gemeinde	44
Abbildung 15:	Median Erreichbarkeit von Supermärkten und Discountern pro Kreis	47
Abbildung 16:	Median Erreichbarkeit von Supermärkten und Discountern pro Gemeinde	48
Abbildung 17:	Anzahl flüchtlingsfeindlicher Vorfälle zwischen Januar 2015 und Mai 2016 pro Kreis	51
Abbildung 18:	Anzahl flüchtlingsfeindlicher Vorfälle zwischen Januar 2015 und Mai 2016 pro Gemeinde	52

Abbildung 19: Anzahl der von Pro Asyl registrieren Initiativen ehrenamtlichen Engagements für Flüchtlinge pro Kreis 55

Abbildung 20: Anzahl der von Pro Asyl registrieren Initiativen ehrenamtlichen Engagements für Flüchtlinge pro Gemeinde 56

Abbildung 21: Regionen im Demografischen Wandel - Integrationsbedarf 59

Zusammenfassung

Die gegenwärtige Verteilung von Flüchtlingen in Deutschland auf der Grundlage von Steueraufkommen und Bevölkerungszahl wird weithin als integrationspolitisch suboptimal angesehen. Das vorliegende Thünen-Workingpaper leistet zu dieser Diskussion einen Beitrag, indem es die Integrationspotenziale der Landkreise in Deutschland über Indikatoren aus verschiedenen integrationsrelevanten Bereichen erfasst, die insbesondere auch die Perspektive der ländlichen Räume berücksichtigen. Mit insgesamt 16 Indikatoren werden die sieben Bereiche Arbeitsmarkt, Wohlstand, Wohnungsmarkt, Demographischer Handlungsbedarf und Daseinsvorsorge, Zentralität und Erreichbarkeit, Reaktionen aus der Gesellschaft auf die Flüchtlingskrise sowie Integrationsbedarf erfasst. Die Darstellung der Ergebnisse für Deutschland erfolgt auf Landkreisebene und in Kartenform. Dabei wird zunächst der einzelne Indikator vorgestellt, danach die regionale Verteilung des Indikators in Form von Ergebnis-Karten dargestellt und schließlich werden zentrale Ergebnisse zum Indikator erläutert, eingeordnet und kommentiert („Lesehilfe zur Karte“). Soweit die Datengrundlage es ermöglicht, werden neben der Kreisebene auch Karten auf Gemeindeebene dargestellt.

Die verwendeten 16 Indikatoren bilden die Integrationspotenziale von Kreisen in den einzelnen, hier als integrationsrelevant angenommenen Bereichen, differenziert ab. Wir haben ganz bewusst davon Abstand genommen, diese sechzehn Indikatoren zu einem zusammenfassenden Integrationsindex zu verdichten, weil wichtige Voraussetzungen hierfür nicht gegeben sind. Insbesondere war das Problem der Gewichtung der Indices nicht zufriedenstellend zu lösen. Der Vergleich mit den Karten des empirica-Instituts belegt, wie stark die jeweiligen Ergebnisse vom gewählten Indikator und von der Anzahl, dem Zuschnitt der gebildeten Klassen sowie der räumlichen Bezugsebene abhängen. Mit der Entscheidung für die jeweilige Variante wird erheblicher Einfluss auf das dargestellte Ergebnis und die daraus möglicherweise daraus abgeleiteten Empfehlungen und Entscheidungen genommen. Mit einer einzigen zusammenfassenden Karte der Integrationspotenziale der Landkreise würden daher Gewissheiten suggeriert, die dem jetzigen Stand des Wissens nicht entsprechen.

Mit den dargestellten Indikatoren und Karten wird versucht, die Integrationspotenziale der lokalen Aufnahmegesellschaft bzw. der dortigen administrativen und politischen Instanzen regional differenziert und in unterschiedlichen Bereichen auf Ebene der Landkreise in Deutschland zu erfassen. Ausgeblendet bleiben dabei die Perspektive der aufgenommenen Menschen und die Frage, welche Faktoren ihren Integrationswillen und ihr Integrationspotenzial positiv beeinflussen.

JEL: *J15, J18*

Schlüsselwörter: *Flüchtlinge, Integration, Indikatoren, räumliche Verteilung, Deutschland*

Summary

The current distribution of refugees in Germany based on tax revenue and population levels continues to be perceived as sub-optimal in terms of integration policy. This Thuenen Working Paper contributes to the discussion in that it documents the integration potential of counties in Germany with indicators from various integration-relevant fields, considering in particular the perspective of rural areas. With a total of 16 indicators in seven areas including: labor market, economic well-being, housing availability, demographic needs, provision of basic services, centrality and accessibility, social reactions to the refugee crisis and the need for integration are considered. The presentation of the results for Germany is given in the form of county level maps. Here, single indicators are first introduced, then the regional distribution of the indicators is shown in the form of thematic maps, and ultimately central results for the indicators are expressed with a short description, a summary and a discussion of the main results ("Spark Note"). Where possible, the county level maps are also supplemented with community level maps.

The 16 socio-economic indicators used illustrate the integration potential of the counties, differentiated by the single indicators relevant for integration. We purposely abstained from combining these into a comprehensive integration index because important requirements for this task are not met. In particular it was not possible to solve the problem of the weighting of the indicators. The comparison with the maps of the empirica-institute clearly show that the results strongly depend on the selected indicator and the regional level of depiction as well as on class size, class number and method of classification. Thus, methodological decisions on the basis of maps and indicators strongly influence the results and information depicted, and as a consequence also the decisions made based on those maps and indicators. A combined index of all 16 indicators to show the integration potential of the counties would imply a certainty not provided by the current level of knowledge.

The depicted indicators and maps attempt to assess the integration potential of the local host society, or rather the differentiated potential of the regional administration and political bodies to integrate refugees, as well as thematic differences at the county level in Germany. Here, the perspective of the arriving refugees and the question of which factors have a positive influence on their desire and potential to be integrated is not addressed.

JEL: *J15, J18*

Keywords: *refugees, integration, indicators, spatial distribution, Germany*

I Einleitung

1 Sachverhalt und Vorgehensweise

Gegenwärtig erfolgt die Verteilung von Flüchtlingen in Deutschland auf die Bundesländer auf Grundlage des sogenannten Königsteiner Schlüssels. Hierbei findet die Einwohnerzahl und die Wirtschaftskraft gemessen am Steueraufkommen im Verhältnis 1/3 zu 2/3 Berücksichtigung. Die weitere regionale Verteilung durch die Länder erfolgt nach landesspezifischen Quotierungsverfahren, bei denen zumeist die Einwohnerzahl neben der Fläche und teilweise auch der Ausländeranteil einfließen (vgl. hierzu im Einzelnen Geis und Orth, 2016, S. 7). Diese Verfahren zur Verteilung von Flüchtlingen in Deutschland werden von verschiedener Seite kritisiert (Geis und Orth, 2016; empirica 2015a, b; 2016): „Die aktuelle regionale Verteilung der Flüchtlinge ist weder aus gesamtstaatlicher Sicht noch für die Flüchtlinge selbst optimal. So gehen die Verteilungsmechanismen aus einer Verwaltungstradition hervor, die sich unter völlig anderen Rahmenbedingungen entwickelt hat und die Aufnahmefähigkeit der Kommunen kaum in den Blick nimmt.“ (Geis und Orth, 2016, S. 27).

Vor diesem Hintergrund wollen wir im Folgenden einen Beitrag zu dieser Diskussion leisten, welcher verschiedene für die Aufnahme- und Integrationsfähigkeit relevant erscheinenden Bereiche, insbesondere auch aus der Sicht von Kommunen in ländlichen Räumen, berücksichtigt. Dazu werden Kriterien für die Einschätzung von Potenzialunterschieden bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen identifiziert, über geeignete Indikatoren erfasst und die regionalen Unterschiede mit Hilfe von Karten dargestellt.

2 Auswahl der Indikatoren

Die folgende Darstellung fasst diejenigen Indikatoren zusammen, die uns für die Abschätzung von Potenzialunterschieden von Landkreisen bei der Integration von Flüchtlingen wesentlich erscheinen. Die insgesamt 16 Indikatoren verteilen sich auf die sieben Bereiche Arbeitsmarkt, Wohlstand, Wohnungsmarkt, Demographischer Handlungsbedarf und Daseinsvorsorge, Zentralität und Erreichbarkeit, Reaktionen aus der Gesellschaft auf die Flüchtlingskrise sowie Integrationsbedarf. Soweit die Datengrundlage es ermöglicht, werden neben der Landkreisebene auch Karten auf Gemeindeebene dargestellt.

Im Einzelnen werden folgende Indikatoren ausgewählt und untersucht:

Arbeitsmarkt

- Gemeldete erwerbsfähige Personen je offene Stellen
- Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter über 50 Jahre an sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen insgesamt
- Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter aus Hauptasylzugangsländern an sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen insgesamt

- Angebotene betriebliche Ausbildungsplätze je 100 Bewerber
- Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Wohlstand und kommunale Finanzsituation

- Bruttoinlandsprodukt je Einwohner
- Kommunale Schulden je Einwohner
- Kommunale Einnahmen je Einwohner

Wohnungsmarkt

- Wohnungsleerstandsquote

Demografischer Handlungsbedarf und Daseinsvorsorge

- Herausforderung bei der Daseinsvorsorge durch den demographischen Wandel

Zentralität und Erreichbarkeit

- Erreichbarkeit Zentraler Orte
- Erreichbarkeit von Mittelzentren
- Erreichbarkeit des nächsten Supermarkts oder Discounter

Gesellschaftliche Reaktionen auf die Flüchtlingsentwicklung

- Anzahl flüchtlingsfeindlicher Vorfälle zwischen Januar 2015 und Mai 2016
- Anzahl der von Pro Asyl registrieren Initiativen ehrenamtlichen Engagements für Flüchtlinge

Bestehender Integrationsbedarf

- Index Integrationsbedarf (Menschen mit Migrationshintergrund und Zuzüge aus dem Ausland)

Die einzelnen Ergebnisse werden für jeden Indikator wie folgt vorgestellt:

- zunächst wird der Indikator vorgestellt und erläutert;
- dann wird die regionale Verteilung des Indikators in Form von Ergebnis-Karten dargestellt;
- schließlich werden zentrale Ergebnisse zum Indikator erläutert, eingeordnet und kommentiert („Lesehilfe zur Karte“).
- Für einige Indikatoren werden zu Vergleichszwecken die Indikatoren von empirica dargestellt.

II Integrationsrelevante Indikatoren und Karten: Ergebnisse

1 Arbeitsmarkt

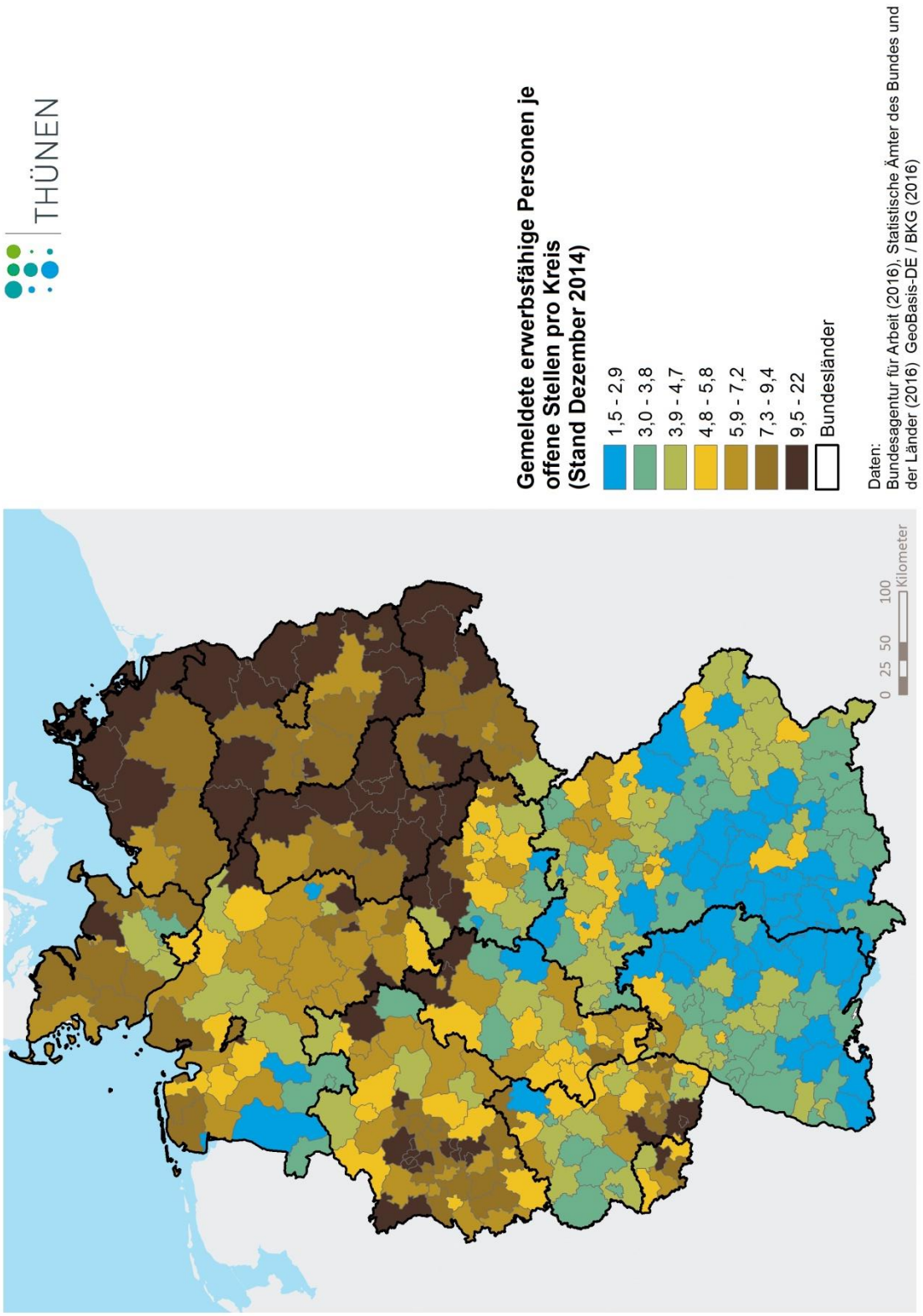
Indikator 1: Gemeldete erwerbsfähige Personen je offene Stellen

Definition	Zähler = bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldete erwerbsfähige Personen Nenner = offene Stellen
Quelle	Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Sonderauswertung der Beschäftigtenstatistik
Zeitbezug	Stand: Dezember 2014
Regionalität	Kartendarstellung: kreisfreie Städte und Landkreise
Methodik	Indikator wird in 7 gleich stark besetzte Klassen eingeteilt.
Hinweis	Bei den offenen Stellen ist zu berücksichtigen, dass im Schnitt nur jede zweite offene Stelle auch der Bundesagentur für Arbeit gemeldet wird (IAB, 2016). Ferner ist zu berücksichtigen, dass die offenen Stellen nicht mit jedem Arbeitssuchenden besetzt werden können. Die offenen Stellen unterliegen starken zeitlichen Schwankungen, sind somit stark konjunkturabhängig.
Aussage	Der Indikator misst den Anteil der insgesamt gemeldeten erwerbsfähigen Personen an den gemeldeten offenen Stellen und erlaubt Aussagen über regionale Unterschiede bei den Beschäftigungsmöglichkeiten, auch für arbeitssuchende Asylbewerber und Flüchtlinge. Gemeldete erwerbsfähige Personen sind Personen, die bei einer Agentur für Arbeit oder einem Träger der Grundsicherung (Jobcenter) gemeldet sind. Sie setzen sich aus der Gruppe der arbeitslos Arbeitsuchenden, den nichtarbeitslos Arbeitsuchenden und den Nichtarbeitsuchenden zusammen. Nicht mit erfasst sind die Ausbildungsbewerber. Bei den offenen Stellen handelt es sich um die gemeldeten und von der Beschäftigtenstatistik erfassten offenen Stellen.

Interpretationshinweise

- Unabhängig vom Qualifikationsniveau der gemeldeten erwerbsfähigen Personen und der bei den Arbeitsagenturen gemeldeten offenen Stellen sind die Beschäftigungsmöglichkeiten regional sehr unterschiedlich: Relativ gute Arbeitsmarktbedingungen bestehen in einer Vielzahl von Landkreisen in Bayern und Baden-Württemberg. Im Vergleich zu Landkreisen mit einem ungünstigen Verhältnis von gemeldeten erwerbsfähigen Personen zu offenen Stellen stellt sich die Situation etwa 10 mal günstiger dar.
- Weitere Regionen mit günstigen Arbeitsmarktbedingungen in den alten Bundesländern finden sich im Landkreis Emsland und den angrenzenden Landkreisen sowie in einer Landkreisregion Westthüringen, Nordbayern und Osthessen. Auch in der Stadt Wolfsburg und dem Westerwaldkreis stellt sich die Situation relativ gut dar.
- Regionen der alten Bundesländer mit eher schlechten Arbeitsmarktbedingungen finden sich im Norden von Schleswig-Holstein, in großen Teilen von Nordrhein-Westfalen, in einem Streifen zwischen Lippe und Werra-Meißner-Kreis sowie in einer Region um den Landkreis Kusel.
- Bis auf Thüringen und den Vogtlandkreis sind die Arbeitsmarktbedingungen in den neuen Bundesländern gemessen an diesem Indikator mit Stand 12/2014 eher ungünstig. Vorteilhafter ist die Situation in der Regel in den Landkreisen der neuen Bundesländer, die an die alten Bundesländer angrenzen.

Abbildung 1: Gemeldete erwerbsfähige Personen je offene Stellen, 2014



Indikator 1-1: Offene Stellen je 1.000 Erwerbsfähige

Definition	Zähler = offene Stellen Nenner = Erwerbsfähige
Quelle	Empirica-Paper 230 und empirica-Paper Endbericht: Beide Kartendarstellungen basieren auf der Statistik der Bundesagentur für Arbeit
Zeitbezug	Stand: August 2015 (in empirica, 2015b) bzw. Jahresdurchschnitt 2015 (in empirica, 2016)
Regionalität	Kartendarstellung: in beiden Fällen kreisfreie Städte und Landkreise
Methodik	Indikator wird in beiden Karten in drei Klassen eingeteilt (empirica-Paper 2015b setzt die Einteilungen in Klassen bei unter 11, 11 bis unter 16, 16 und mehr; empirica-Paper 2016 setzt die Einteilungen in Klassen bei unter 10, 10 bis unter 15, 15 und mehr).
Hinweis	Klasseneinteilungen sind nicht nachvollziehbar und in den beiden Papieren unterschiedlich. Bereits der Vergleich der beiden Empirica-Karten zeigt regionale Unterschiede in allen Flächenbundesländern bis auf Baden-Württemberg
Aussage	Der Indikator misst den Anteil der offenen Stellen an 1.000 Erwerbsfähigen. In der amtlichen Bevölkerungsstatistik versteht man unter dem Begriff der erwerbsfähigen Personen, männliche und weibliche Personen im erwerbsfähigen Alter (i.d.R. 15 bis 65 Jahre), unabhängig davon, ob sie tatsächlich einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Empirica definiert die erwerbsfähigen Personen abweichend als Personen im Alter von 20 bis unter 60 Jahre.

Interpretationshinweise

- Der Indikator offene Stellen je 1.000 Erwerbsfähige Personen zeichnet im Vergleich zu dem von uns gewähltem Indikator „gemeldete erwerbsfähige Personen je offene Stellen“ ein gänzlich anderes regionales Verteilungsbild der Arbeitsmarktsituation.
- Regionen mit einer günstigen Arbeitsmarktsituation beim Indikator gemeldete erwerbsfähige Personen je offene Stelle können sich beim Indikator offene Stellen je 1.000 Erwerbsfähige Personen als schlecht darstellen und umgekehrt. Dies gilt bspw. für die Landkreise Mecklenburgische Seenplatte, Vogtlandkreis, Saale-Orla-Kreis, Höxter.
- Ost-West-Unterschiede sind beim empirica-Indikator deutlich geringer ausgeprägt.
- Zwischen der empirica-Karte mit Stand August 2014 und der Karte mit dem Durchschnittswert 2015 zeichnen sich leichte regionale Unterschiede ab, von denen nicht eindeutig zu sagen ist, ob sie auf die Datengrundlage oder auf die Klasseneinteilung zurück zu führen sind.

Abbildung 1-1a: Offene Stellen je 1.000 Erwerbsfähige, August 2015 (Karte entnommen aus empirica, 2015b, S. 9)

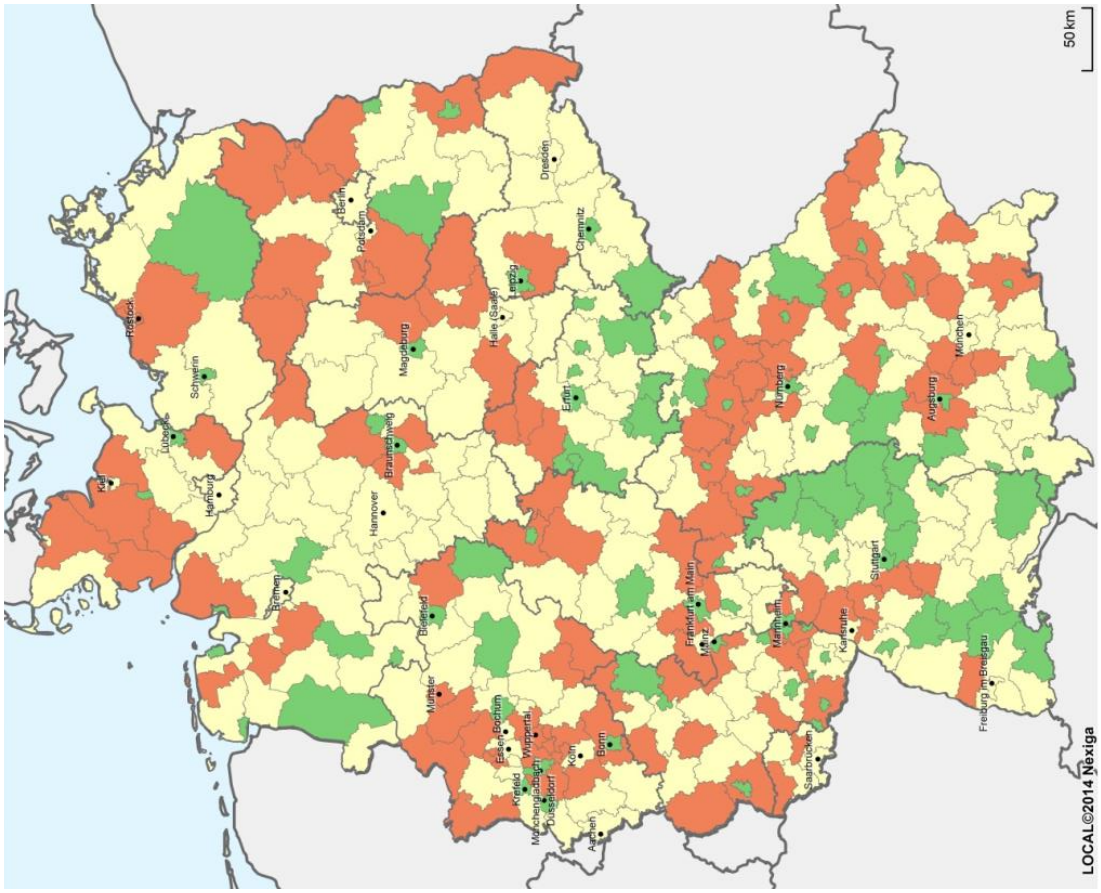
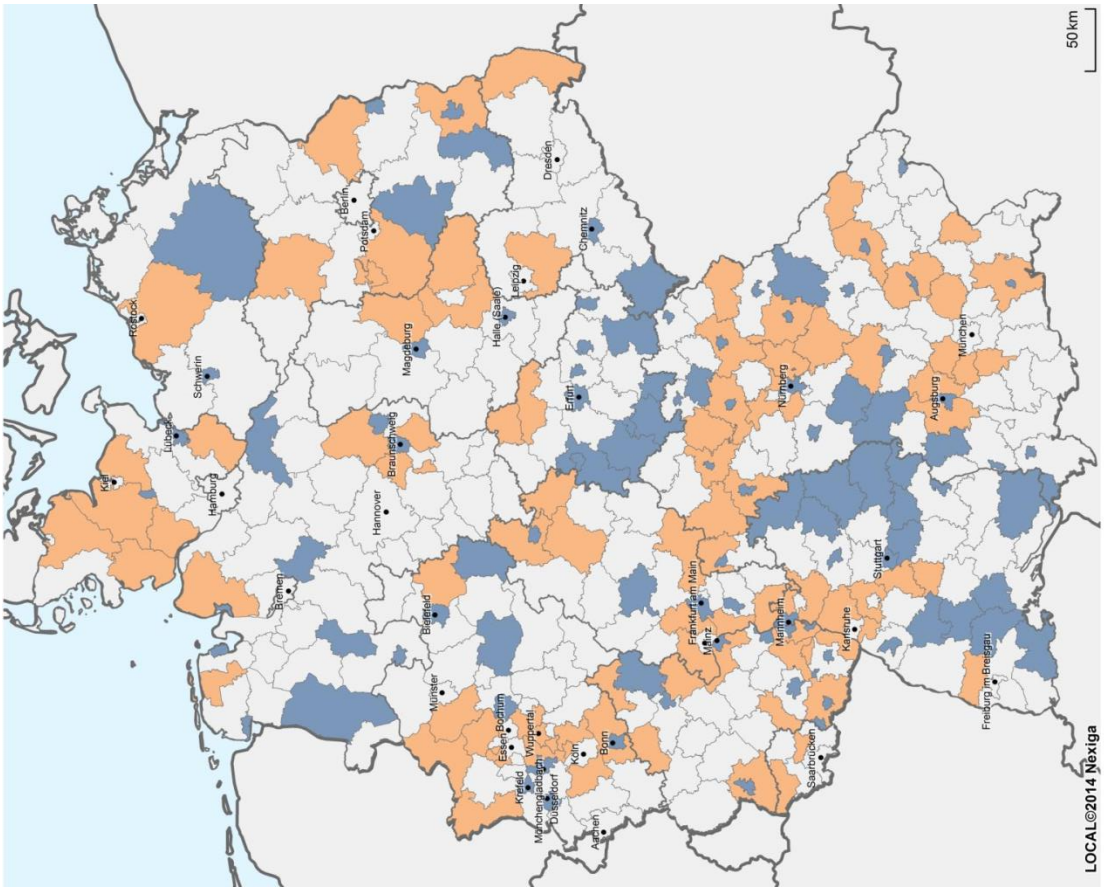


Abbildung 1-1b: Gemeldete offene Stellen je 1.000 Erwerbsfähige 20 bis 59 Jahre, Jahresdurchschnitt 2015 (Karte entnommen aus empirica, 2016, S. 32)



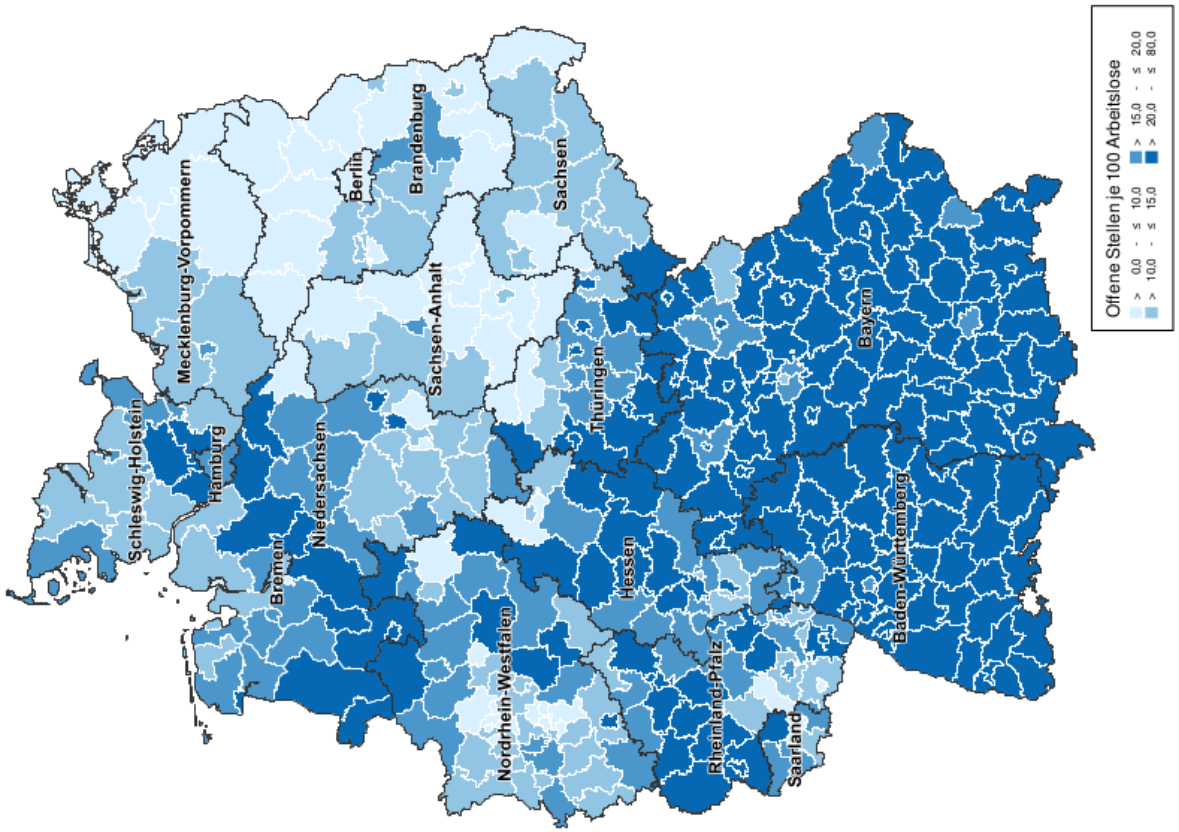
Indikator 1-2: Gemeldete offene Stellen je 100 Arbeitslose

Definition	Zähler = gemeldete offene Stellen Nenner = Arbeitslose
Quelle	Institut der deutschen Wirtschaft: Basierend auf Statistik der Bundesagentur für Arbeit
Zeitbezug	Stand: Dezember 2014
Regionalität	Kartendarstellung: kreisfreie Städte und Landkreise
Methodik	Indikator wird in vier Klassen eingeteilt.
Hinweis	Bei den offenen Stellen ist zu berücksichtigen, dass im Schnitt nur jede zweite offene Stelle auch der Bundesagentur für Arbeit gemeldet wird (IAB, 2016). Ferner ist zu berücksichtigen, dass die offenen Stellen nicht mit jedem Arbeitssuchenden besetzt werden können. Die offenen Stellen unterliegen starken zeitlichen Schwankungen.
Aussage	Der Indikator misst den Anteil der offenen Stellen an 100 Arbeitslosen. Der Indikator erlaubt Aussagen über regionale Beschäftigungsmöglichkeiten.

Interpretationshinweise

- Dieser zum Indikator „gemeldete erwerbsfähige Personen je offene Stelle“ reziproke und im Nenner auf die Arbeitslosen bezogene Indikator macht Ost-West-Unterschiede sichtbar, wobei die regionalen Unterschiede innerhalb der Bundesländer durch unterschiedliche Zuordnungen einzelner Landkreise zu den vier Klassen voneinander abweichen können.
- Dieser auch vom IAB vielfach verwendete Indikator deckt sich in seiner Verteilung mit unserem ermittelten Indikator in großen Bereichen.

Abbildung 1-2: Gemeldete offene Stellen je 100 Arbeitslose, Dezember 2014
(Karte entnommen aus Geis und Orth, 2016, S. 33)



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, 2015b,c; eigene Berechnungen

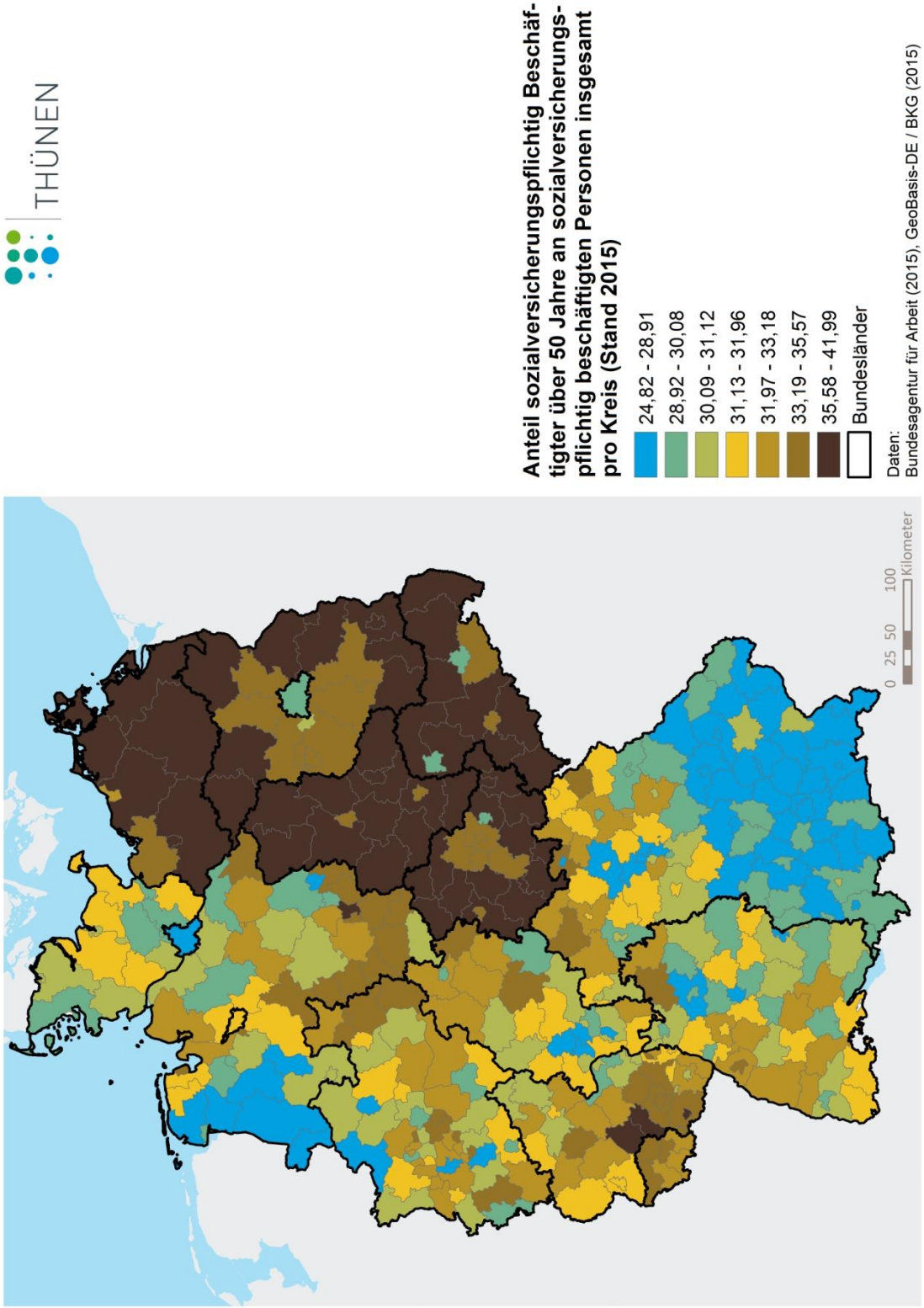
Indikator 2: Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter über 50 Jahre an sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen insgesamt

Definition	Zähler = sozialversicherungspflichtig Beschäftigte älter 50 Jahre Nenner = sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt
Quelle	Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Sonderauswertung der Beschäftigtenstatistik
Zeitbezug	Stand: Dezember 2014
Regionalität	Kartendarstellung: kreisfreie Städte und Landkreise
Methodik	Indikator wird in 7 gleich stark besetzte Klassen eingeteilt. Die Einteilung orientiert sich am Bundesdurchschnitt.
Hinweis	Hinsichtlich des spezifischen Fachkräftebedarfs und deren Deckung ist die Aussagekraft des Indikators eingeschränkt.
Aussage	Der Indikator misst den Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten älter 50 Jahre an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt. Der Indikator wird für die Abschätzung der zukünftigen Arbeitsmarktsituation herangezogen und gibt Hinweise auf möglicherweise in naher Zukunft steigende Nachfrage nach Arbeitskräften. Geht man davon aus, dass die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt ein eher länger andauernder Prozess sein wird, ist der Fokus auf Personen älter 50 Jahre zielführend. Regionen mit einem hohen Anteil älterer Erwerbstätiger lassen auf einen zunehmenden Bedarf an Arbeitskräften schließen. Bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind Beamte, Selbständige und andere nicht sozialversicherungspflichtig Erwerbstätige nicht mit enthalten. Personen in Vollzeit- und in Teilzeitbeschäftigung werden gleichermaßen gezählt, so dass unterschiedliche Arbeitszeitvolumina keinen Einfluss auf den Indikator haben.

Interpretationshinweise

- Durch die Abwanderung insbesondere jüngerer Personen aus den neuen Bundesländern in die alten Bundesländer unterscheidet sich die Alterungsstruktur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen alten und neuen Bundesländern.
- Der Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter über 50 Jahre an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegt mit wenigen Ausnahmen in den neuen Bundesländern um rund 10-%-Punkte höher als im Westen, mit Ausnahme der Landkreise Lüchow-Dannenberg, Holzminden, Nordheim, Goslar, Osterode, Vogelsberg, Coburg, Neckar-Odenwald-Kreis, Birkenfeld, Kusel, Landkreis Kaiserslautern und Südwestpfalz. In diesen Regionen ist am ehesten zu erwarten, dass altersstrukturbedingt in nächster Zeit ein großer Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ausscheidet und unter c.p.-Bedingungen durch neue jüngere Arbeitskräfte ersetzt werden muss.
- Insbesondere im Süden Bayerns und im Westen von Niedersachsen dürften in den nächsten Jahren deutlich weniger sozialversicherungspflichtig Beschäftigte altersbedingt aus dem Erwerbsleben scheiden. Bei einer positiven regionalwirtschaftlichen Entwicklung kann dort gleichwohl eine hohe Nachfrage nach Arbeitskräften bestehen.
- Niedrigere Anteile an älteren sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zeigen sich auch in den größeren Städten der neuen Bundesländer.

Abbildung 2: Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter älter 50 Jahre an sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen insgesamt



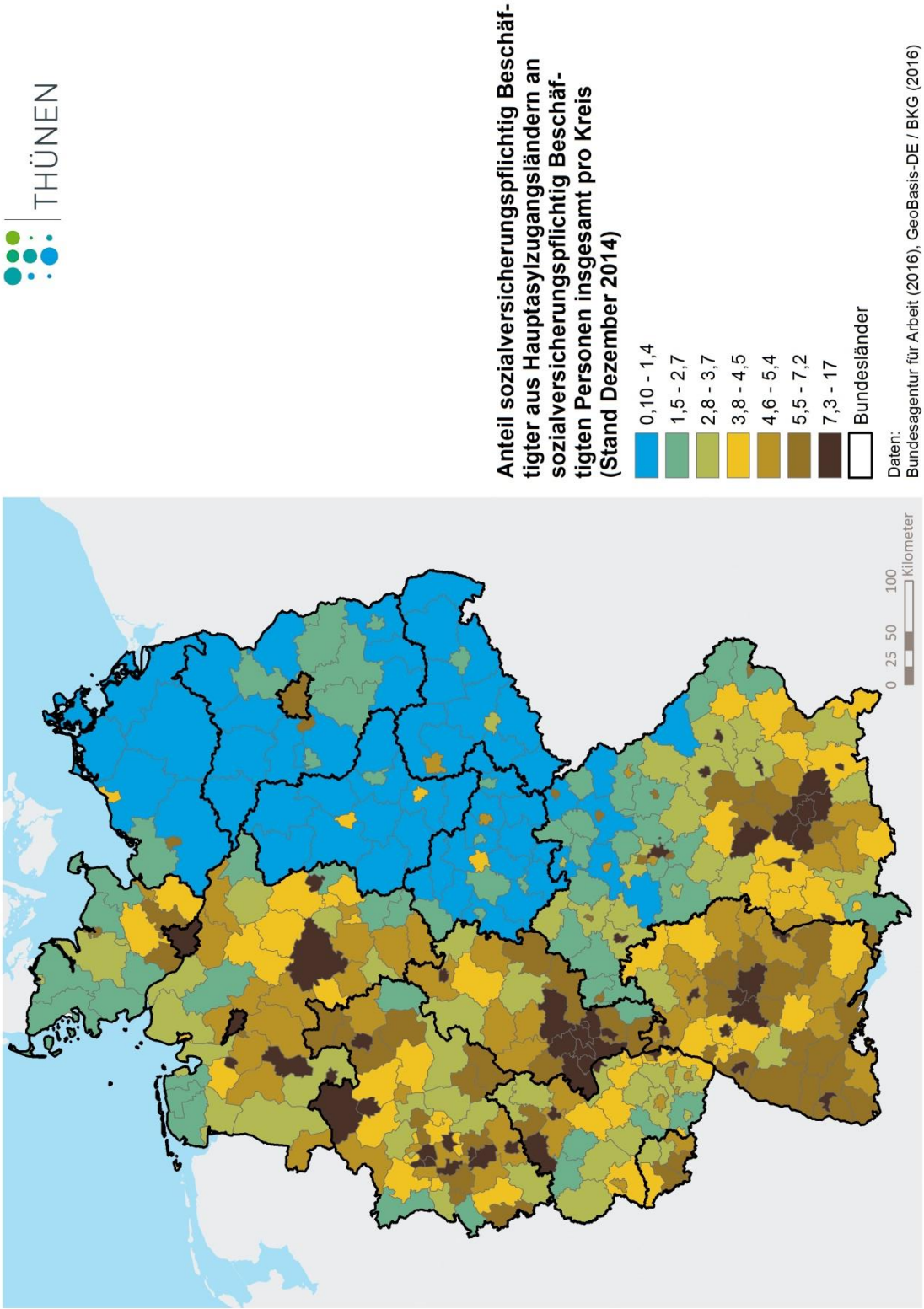
Indikator 3: Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter aus Hauptasylzugangsländern an sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen insgesamt

Definition	Zähler = sozialversicherungspflichtig Beschäftigte aus den Hauptasylzugangsländern Nenner = sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt
Quelle	Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Sonderauswertung der Beschäftigtenstatistik
Zeitbezug	Stand: Dezember 2014
Regionalität	Kartendarstellung: kreisfreie Städte und Landkreise
Methodik	Indikator wird in 7 gleich stark besetzte Klassen eingeteilt. Die Einteilung orientiert sich am Bundesdurchschnitt.
Hinweis	Die stark ansteigenden Flüchtlingszahlen ab 2015 werden nicht abgebildet.
Aussage	Der Indikator misst den Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus den Hauptasylzugangsländern an den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen insgesamt. Der Indikator beschreibt den Beschäftigtenanteil von Ausländern aus Asylländern. Bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind Beamte, Selbständige und andere nicht sozialversicherungspflichtig Erwerbstätige nicht mit enthalten. Personen in Vollzeit- und in Teilzeitbeschäftigung werden gleichermaßen gezählt, so dass unterschiedliche Arbeitszeitvolumina keinen Einfluss auf den Indikator haben. Bei den Hauptasylzugangsländern handelt es sich um Afghanistan, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Eritrea, Irak, Iran, Kosovo, Mazedonien, Nigeria, Pakistan, Russische Föderation, Serbien, Somalia, Syrien und Ukraine.

Interpretationshinweise

- In den neuen Bundesländern (mit Ausnahme der größeren Städte und Berlin) liegt der Beschäftigtenanteil von Personen aus Asylländern deutlich niedriger als der Bundesdurchschnitt.
- Aber auch in den alten Bundesländern ist der Beschäftigtenanteil im Norden, in großen Teilen von Rheinland-Pfalz und im Norden von Bayern sowie in Teilen von Niederbayern unterdurchschnittlich.
- In Baden-Württemberg, Hessen, Saarland, Nordrhein-Westfalen, in der Mitte Niedersachsens, in der südlichen Hälfte von Bayern und im Norden von Rheinland-Pfalz sowie in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg liegt der Anteil der Beschäftigten aus den Hauptasylzugangsländern über dem Durchschnitt.
- Regionen mit einem Beschäftigtenanteil von mehr als 7 % finden wir in Hamburg und Bremen, in der Großraumregion Hannover, in Steinfurt, in Teilen des Ruhrgebietes, im Großraum Frankfurt, Stuttgart und München sowie in etlichen kreisfreien Städten.

Abbildung 3: Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter aus Hauptasylzugangsländern an sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen insgesamt



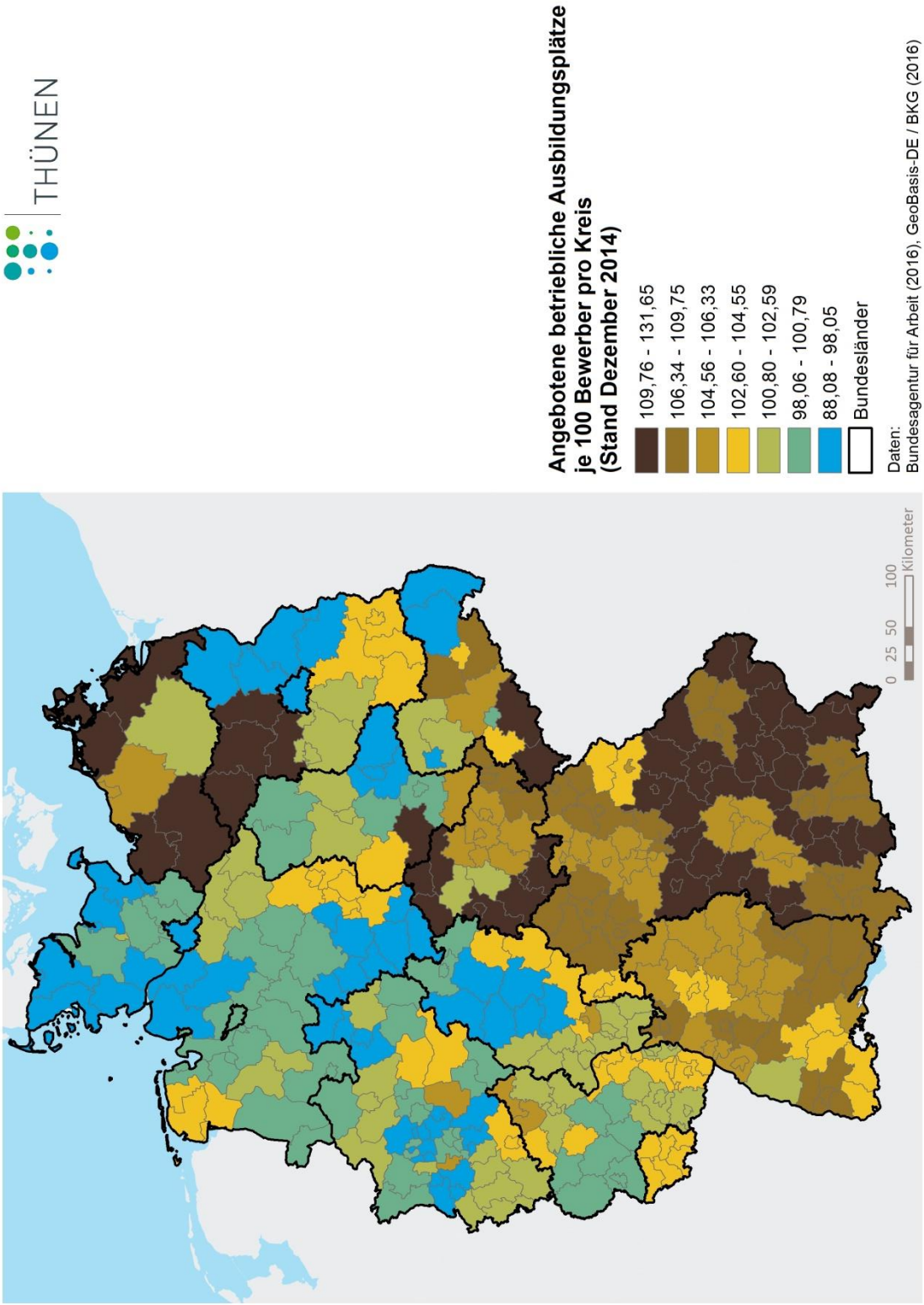
Indikator 4: Angebotene betriebliche Ausbildungsplätze je 100 Bewerber

Definition	Zähler = angebotene betriebliche Ausbildungsstellen Nenner = Ausbildungsplatzbewerber
Quelle	Daten der BBSR auf Basis der Statistik der Bundesagentur für Arbeit
Zeitbezug	Stand: 2013
Regionalität	Kartendarstellung: kreisfreie Städte und Landkreise
Methodik	Indikator wird in 7 gleich stark besetzte Klassen eingeteilt.
Hinweis	Da uns keine eigenen Daten vorlagen, stellte uns das BBSR Daten mit Stand 2013 zur Verfügung. Aktuellere Daten wie sie vom Institut der deutschen Wirtschaft auf Basis der BA-Daten mit Stand September 2014 (Ausbildungsjahr 2013/2014) verwendet wurden, waren in der Kürze der Zeit nicht zu bekommen.
Aussage	Der Indikator misst den Anteil der gemeldeten betrieblichen Ausbildungsplätze an den Ausbildungsplatzbewerbern. Der Indikator gibt Hinweis, in welchen Regionen Flüchtlinge leichter einen Ausbildungsplatz bekommen könnten. Problematisch ist bei diesem Indikator, dass in einigen Landkreisen die Zahlen der unversorgten Bewerber so gering sind, dass die Basis für eine Maßzahl ungeeignet ist. Auch kann es Untererfassungen beim Lehrstellenangebot geben, so dass der Indikator die angebotenen betrieblichen Ausbildungsstellen möglicherweise unterzeichnet.

Interpretationshinweise

- Das Ausbildungsplatzangebot stellt sich in Bayern, Thüringen, großen Teilen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern vergleichsweise günstig dar. Das Angebots- und Nachfrageniveau dürfte sich jedoch in diesen Regionen aufgrund sehr unterschiedlicher allgemeiner Arbeitsmarktbedingungen deutlich voneinander unterscheiden.
- In den neuen Bundesländern ist das Verhältnis von Ausbildungsangebot zu Bewerbernachfrage deutlich heterogener. Regionen mit einer hohen Quote liegen unmittelbar neben Regionen mit einer sehr niedrigen Quote. In den alten Bundesländern ist das intraregionale Verteilungsbild wesentlich homogener.
- Die vergleichsweise gute Ausstattung an Ausbildungsplätzen im Verhältnis zu Bewerbern in Mecklenburg-Vorpommern und im Nord-Westen von Brandenburg überrascht und dürfte auch auf den vergleichsweise geringen Industrialisierungsgrad und die geringe Bevölkerungsdichte zurück zu führen sein.

Abbildung 4: Angebotene betriebliche Ausbildungsplätze je 100 Bewerber



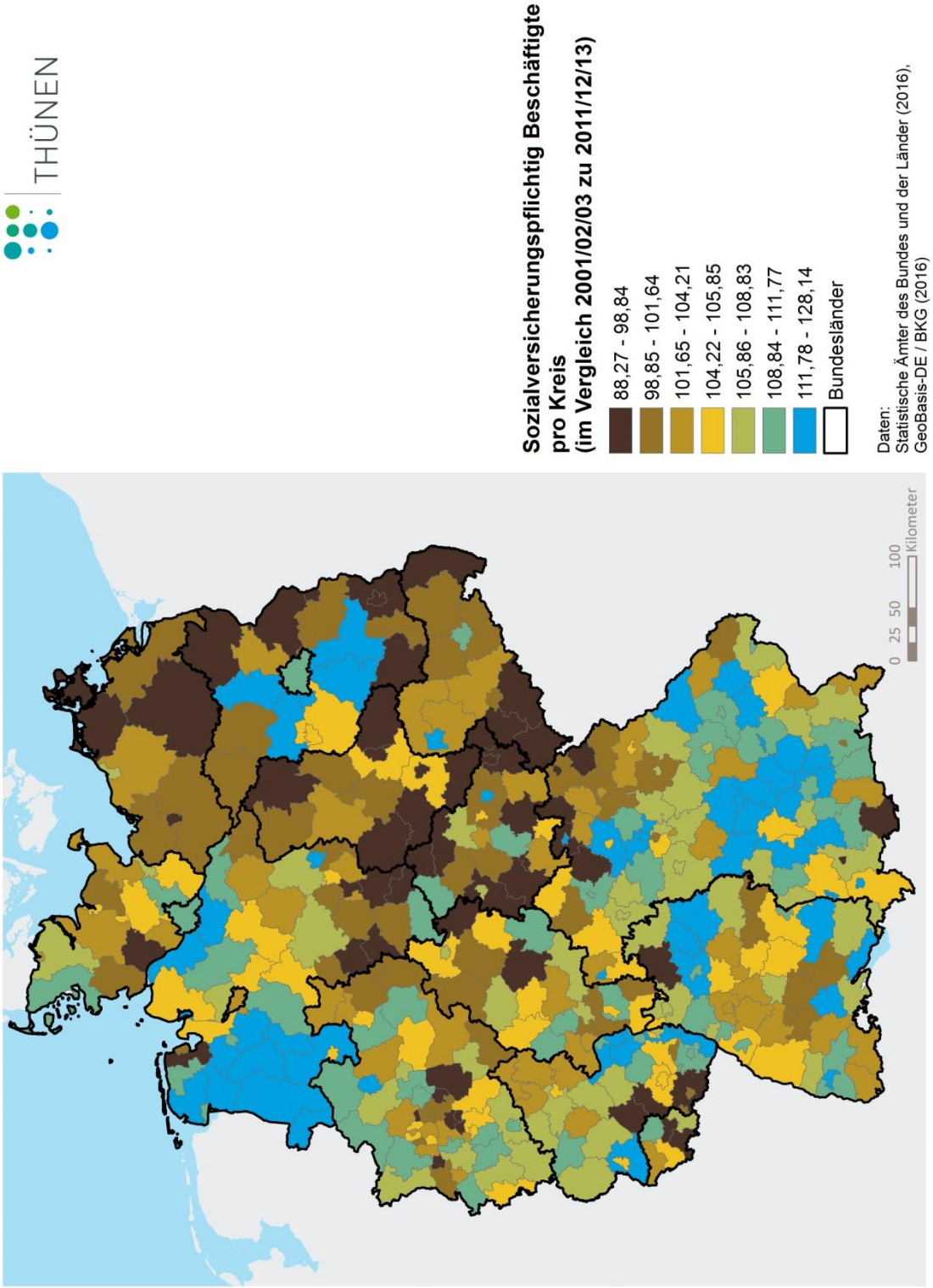
Indikator 5: Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Definition	Zähler = Differenz sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Durchschnitt der letzten drei Beobachtungsjahre zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Durchschnitt der drei Ausgangsjahre Nenner = sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Durchschnitt der drei Ausgangsjahr
Quelle	DESTATIS: Statistik der Bundesagentur für Arbeit
Zeitbezug	Mittelwert der Jahre 2001, 2002, 2003 im Verhältnis zu dem Mittelwert der Jahre 2011, 2012 und 2013
Regionalität	Kartendarstellung: kreisfreie Städte und Landkreise
Methodik	Der Indikator misst die Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen dem Durchschnittswert der Jahre 2001 bis 2003 und 2011 bis 2013. Der Indikator wird in 7 gleich stark besetzte Klassen eingeteilt.
Aussage	Mit Hilfe des Indikators lässt sich die Dynamik auf dem Arbeitsmarkt beschreiben. Es kann zwischen wachsenden und schrumpfenden Regionen unterschieden werden. Durch den Dreijahresdurchschnittswert in der Ausgangs- und Endsituation werden jährliche Schwankungen geglättet.

Interpretationshinweise

- Landkreise in denen sich in den letzten 10 Jahren die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten überdurchschnittlich positiv entwickelt hat, können im weiteren Sinne als wirtschaftsdynamische Landkreise bezeichnet werden. In den neuen Bundesländern liegen diese Landkreise zum einen im Umland von Berlin, in Leipzig, Dresden und in Jena.
- In den nördlichen alten Bundesländern sind im weitest gehenden Sinne die Emslandregion, die Region um Hamburg, Wolfsburg wirtschaftlich dynamisch. Im Süden sind es die Südpfalz, an Frankfurt angrenzende rheinland-pfälzische Landkreise, ein breiter Streifen um Heilbronn, große Teile des Südens von Baden-Württemberg sowie der Süden Bayerns und die Region um Bamberg und Erlangen.
- Landkreise mit einer geringen Dynamik in den letzten zehn Jahren finden sich verstärkt in allen neuen Bundesländern, aber auch vereinzelt in allen alten Bundesländern. Teilweise grenzen diese Landkreise unmittelbar an Landkreise mit hoher wirtschaftlicher Dynamik an.

Abbildung 5: Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen dem Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2003 und dem Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2013



2 Wohlstand und kommunale Finanzsituation

Indikator 6: Bruttoinlandsprodukt je Einwohner[1]

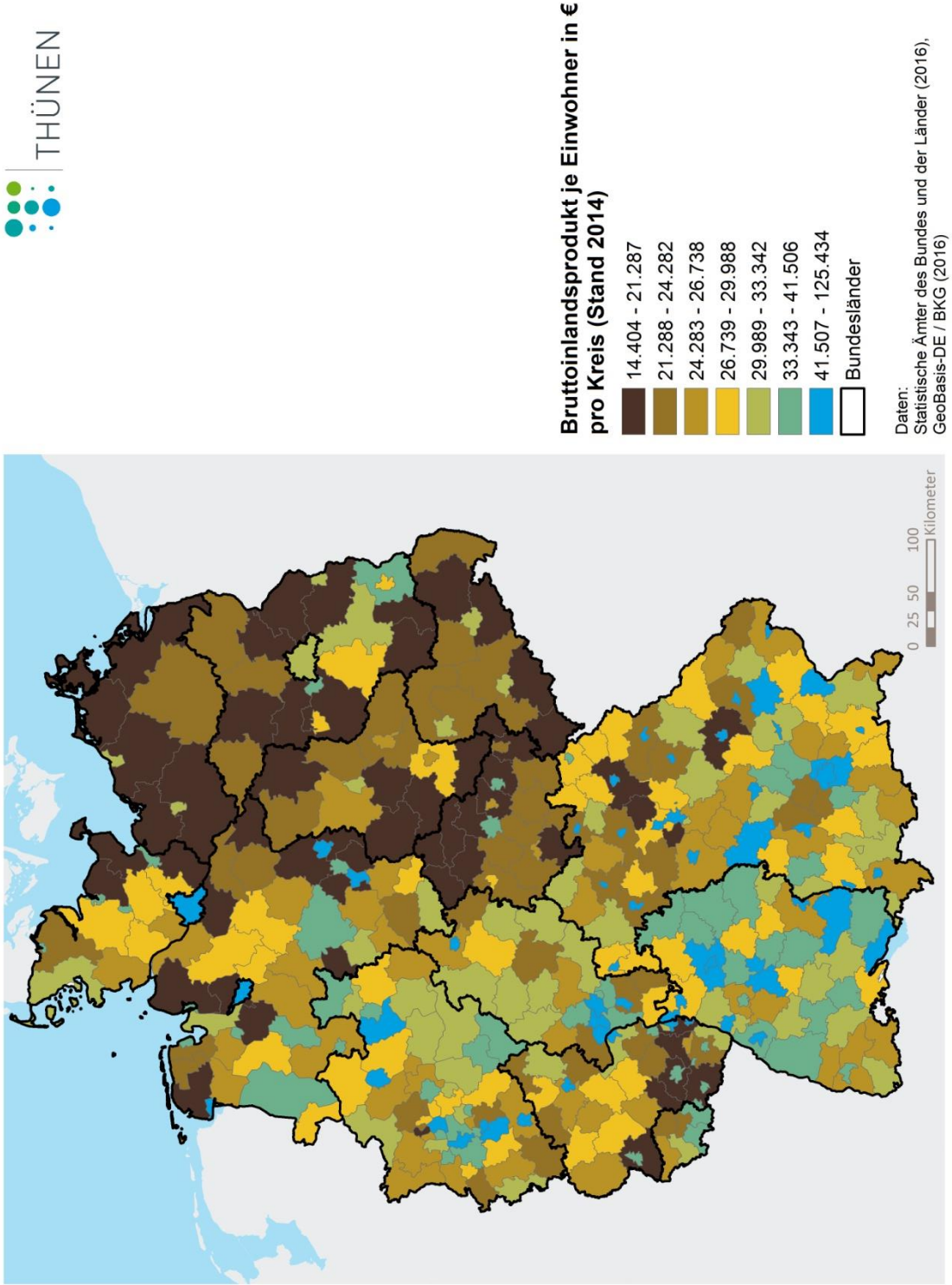
Definition	Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen im Jahr wird durch die Zahl der Einwohner im Jahresdurchschnitt dividiert
Quelle	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Regionalatlas. Der Indikator beruht auf Daten des Arbeitskreises "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder". (Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: November 2014)
Zeitbezug	2013
Regionalität	Kartendarstellung: kreisfreien Städte und Landkreise
Methodik	Indikator wird in 7 gleich stark besetzten Klassen eingeteilt.
Hinweis	Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller innerhalb eines Wirtschaftsgebietes während einer bestimmten Periode produzierten Waren und Dienstleistungen. Es entspricht der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche zuzüglich der Gütersteuern und abzüglich der Gütersubventionen. Zu den Einwohnern Deutschlands gehören alle Personen (Deutsche und Ausländer), die im Bundesgebiet ihren ständigen Wohnsitz haben. Nicht zu den Einwohnern zählen jedoch die Angehörigen ausländischer Missionen und Streitkräfte. Für die Berechnung des Indikators wird die jahresdurchschnittliche Zahl der Einwohner herangezogen. Die durchschnittliche Jahresbevölkerung ist das arithmetische Mittel der zwölf Monatsdurchschnitte. Diese berechnen sich jeweils als arithmetisches Mittel aus dem Anfangs- und Endbestand des betreffenden Monats.
Aussage	Der Indikator dient im nationalen und internationalen Vergleich üblicherweise zur Messung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit von Ländern oder Regionen. Der Bezug des regionalen BIP auf die jeweilige Bevölkerungszahl der Region ermöglicht einen Vergleich des Standes der wirtschaftlichen Entwicklung bzw. der Wirtschaftskraft verschieden großer Volkswirtschaften. *Das BIP je Einwohner ist jedoch nicht nur Grundlage für politische Entscheidungen und Standortbestimmungen, auch richtet sich beispielsweise die Vergabe von Fördermitteln der EU-Strukturfonds für Regionen mit Entwicklungsrückstand nach der Höhe des auf die Zahl der jeweiligen Einwohner bezogenen regionalen Bruttoinlandsprodukts.* Die Aussagekraft der Kenngröße 'BIP je Einwohner' für wirtschaftliche Regionalvergleiche wird allerdings dadurch relativiert, dass die gesamtwirtschaftliche Leistung in manchen Regionen durch Berufseinpendler auf ein Niveau erhöht wird, das maßgeblich über der von der ansässigen Erwerbsbevölkerung erbrachten Wirtschaftsleistung liegt. Hierbei ist zu beachten, dass nach dem Inlands- (BIP am Arbeitsort) bzw. Inländerkonzept (Einwohner am Wohnort) ermittelte Daten aufeinander bezogen werden.

[1] Quelle: Beschreibung siehe https://www-genesis.destatis.de/gis/genView?GenMLURL=https://www-genesis.destatis.de/regatlas/AI017-1.xml&CONTEXT=REGATLAS01

Interpretationshinweise

- Landkreise im Umkreis von kreisfreien Städten besitzen durch die häufige Unterschiedlichkeit des Arbeits- zum Wohnort ein niedrigeres Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner.
- Landkreise mit niedrigem Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner finden sich in der Mehrzahl in den östlichen Bundesländern, an den Küsten von Schleswig-Holstein, in Rheinland-Pfalz sowie auch in Nordbayern.
- Ein hohes Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner als Kennzeichen für eine starke und produktive Wirtschaft findet sich in Baden-Württemberg, Hessen, Südbayern sowie in Nordrhein-Westfalen.
- Die größte Spannbreite zwischen den Landeskreisen innerhalb eines Bundeslandes findet sich in Niedersachsen.

Abbildung 6: Bruttoinlandsprodukt je Einwohner



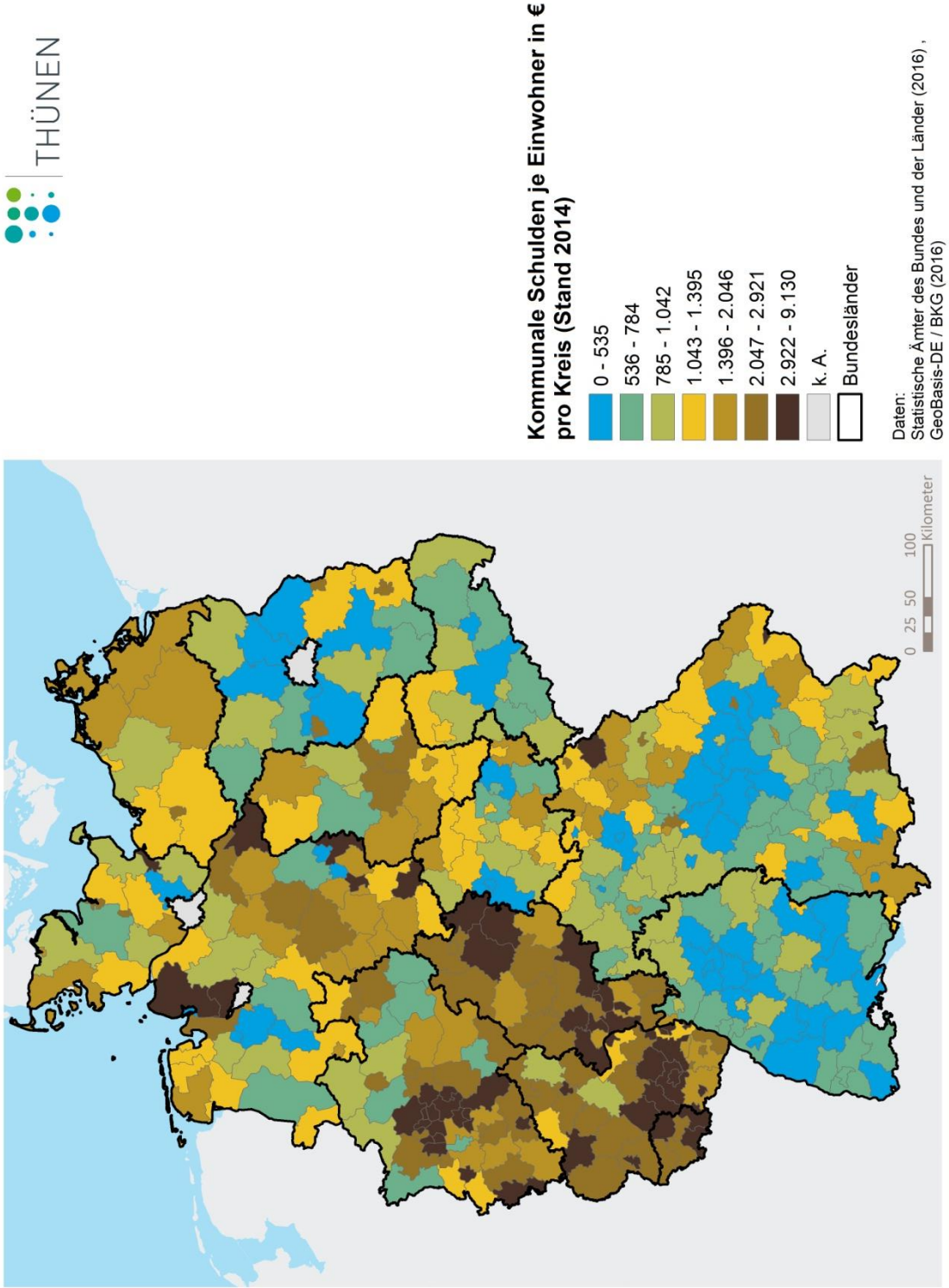
Indikator 7: Kommunale Schulden je Einwohner

Definition	Schuldenstand der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände – Stichtag 31.12.
Quelle	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Regionaldatenbank
Zeitbezug	2014
Regionalität	Kartendarstellung: kreisfreie Städte und Landkreise
Methodik	Indikator wird in 7 gleich stark besetzten Klassen eingeteilt.
Hinweis	Der Schuldenstand bildet sowohl die Schulden von Gemeinden und Gemeindeverbänden im nicht-öffentlichen Bereich (bspw. Kapitalmarkt) wie auch im öffentlichen Bereich ab. Die Einwohneranzahl und der Schuldenstand sind stichtagsbezogen auf den 31.12. Die Art der Schuldenlast, deren Zins und Rückzahlungsmodalitäten sind nicht ausgewiesen.
Aussage	Der Schuldenstand einer Gemeinde / Gemeindeverbandes gibt einen Hinweis darauf, in welchem Umfang diese zusätzliche eigene Investitionen tätigen kann. Eine hohe Verschuldung pro Einwohner kann auf einen schlechteren Zugang zum Kapitalmarkt hinweisen. Des Weiteren könnten, im Vergleich, höheren Zins für neue Verbindlichkeiten anfallen. Diese Einschränkungen könnten zusätzlich zu Schwierigkeiten bei der Eigenmittelbereitstellung (durch aufzunehmende Kredite) im Rahmen von Kofinanzierungen führen.

Interpretationshinweise

- Die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg weisen auf Ebene der Gemeinden und Gemeindeverbände keine Schulden pro Einwohner aus, so dass zu diesen Regionen keine Daten zu kommunalen Schulden je Einwohner verfügbar sind.
- Der Indikator gibt nur den Verschuldungsgrad der Gemeinden, Gemeindeverbände und der kreisfreien Städte wieder. Die Verschuldungssituation je Einwohner der Landkreise und des Bundeslandes sind nicht dargestellt.
- Der Indikator ist einwohnerbasiert. In einer Betrachtung über mehrere Jahre würde daher eine sich reduzierende Einwohnerzahl bei konstantem Schuldenstand zu einem höheren Anteil pro Einwohner führen.
- Am stärksten ist die Verschuldungssituation der Kommunen in Hessen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Teilen von Nordrhein-Westfalen.
- Relativ gering ist dagegen die Verschuldungssituation der Kommunen in Baden-Württemberg, Bayern, Thüringen, Sachsen und Brandenburg.

Abbildung 7: Kommunale Schulden je Einwohner



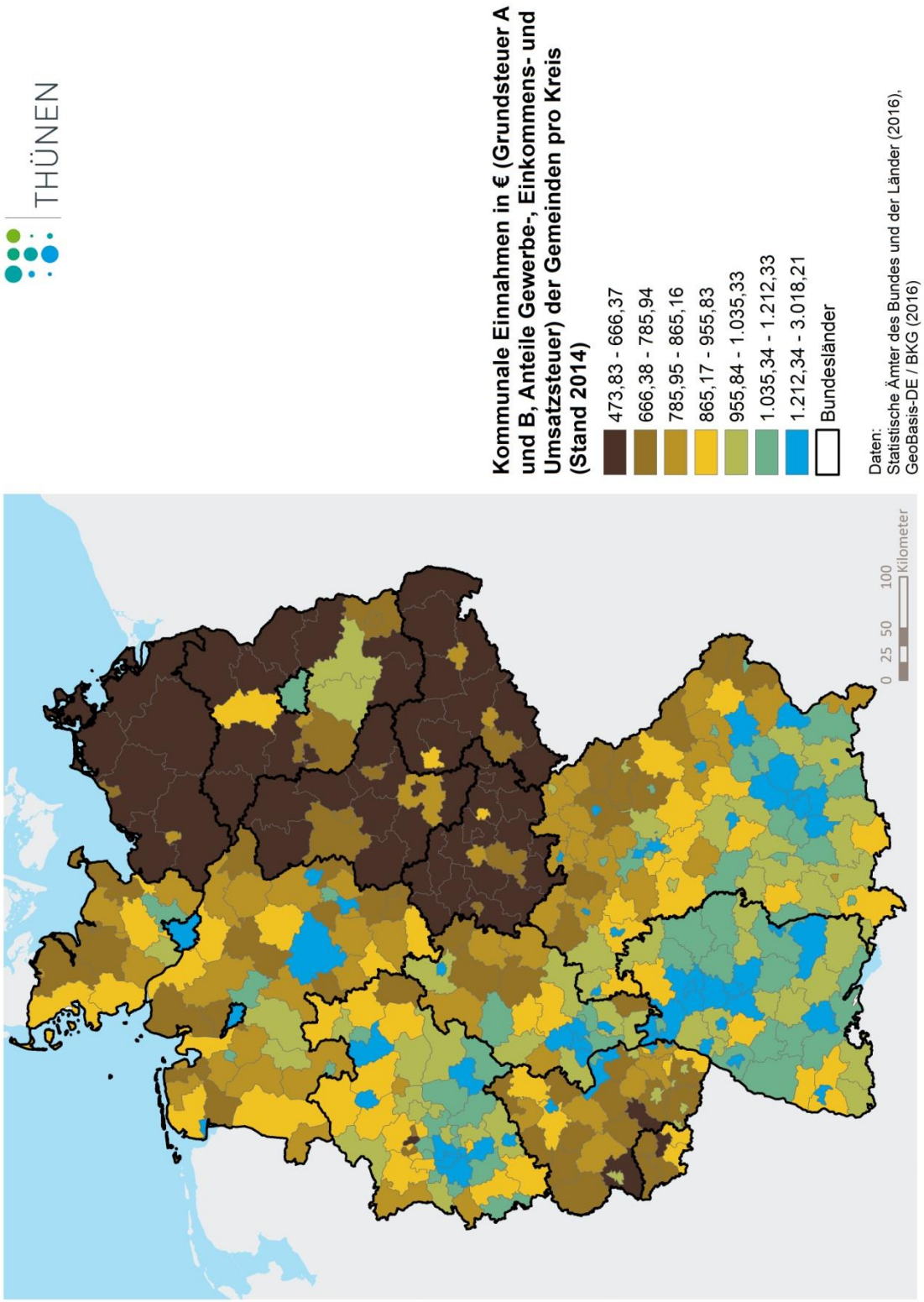
Indikator 8: Kommunale Einnahmen je Einwohner

Definition	Kommunale Einnahmen (Grundsteuer A und B, Gewerbesteuer abzgl. Gewerbesteuerumlage, Einkommens- und Umsatzsteueranteil) je Einwohner
Quelle	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Regionalstatistik
Zeitbezug	2014
Regionalität	Kartendarstellung: kreisfreie Städte und Landkreise
Methodik	Indikator wird in 7 gleich stark besetzten Klassen eingeteilt.
Hinweis	Einnahmen der kommunalen Haushalte durch Zuweisungen, wie dem kommunalen Finanzausgleich oder dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz werden nicht berichtet. Umlagen, wie Zweckverbandsumlagen, Kreisumlagen oder horizontale Umlagen, werden nicht berichtet. Die Einwohnerzahl und der Schuldenstand sind stichtagsbezogen auf den 31.12. Einnahmen aus kommunalen Beteiligungen, wie Stadtwerken, Verkehrsbetriebe oder der Abfallwirtschaft, werden nicht berichtet.
Aussage	Die kommunalen Einnahmen je Einwohner geben durch die Verwendung des ortsgebundenen Steueraufkommens Hinweise auf die örtliche Leistungsfähigkeit einer Kommune.

Interpretationshinweise

- Die Abbildung zeigt deutlich die ausgleichende Wirkung der Einnahmen pro Einwohner im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner. Das Bruttoinlandsprodukt überzeichnet den Arbeitsort, wohingegen die Einnahmen pro Einwohner mehr zum Möglichkeitsraum am Wohnort selbst aussagen. Die Unterschiede zwischen den kreisfreien Städten und den umliegenden Landkreisen sind geringer (vergleiche Nordbayern).
- Die Einnahmen pro Einwohner in den ostdeutschen Gemeinden sind weiterhin niedriger als in westdeutschen Gemeinden. Zuweisungen haben daher in ostdeutschen Kommunen einen größeren Anteil an den Gesamteinnahmen.
- Im Vergleich zu den Kommunalen Einnahmen zeigt das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner für ostdeutsche Kommunen ein vorteilhafteres Bild. Dieses könnte auf eine verbesserte Situation hindeuten, die in den nachlaufenden kommunalen Einnahmen noch nicht abgebildet wird.
- Die Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände werden auf Ebene der Landkreise berichtet. Eine Differenzierung innerhalb eines Landkreises erfolgt nicht. Es ist daher zu vermuten, besonders bei Landkreisen um Agglomerationszentren wie Berlin und Hamburg, das deutliche Unterschiede bei den kommunalen Einnahmen innerhalb dieser Landkreise vorliegen.
- Einnahmen durch Zuweisungen und Umlagen werden nicht berücksichtigt.

Abbildung 8: Einnahmen je Einwohner



3 Wohnungsmarkt

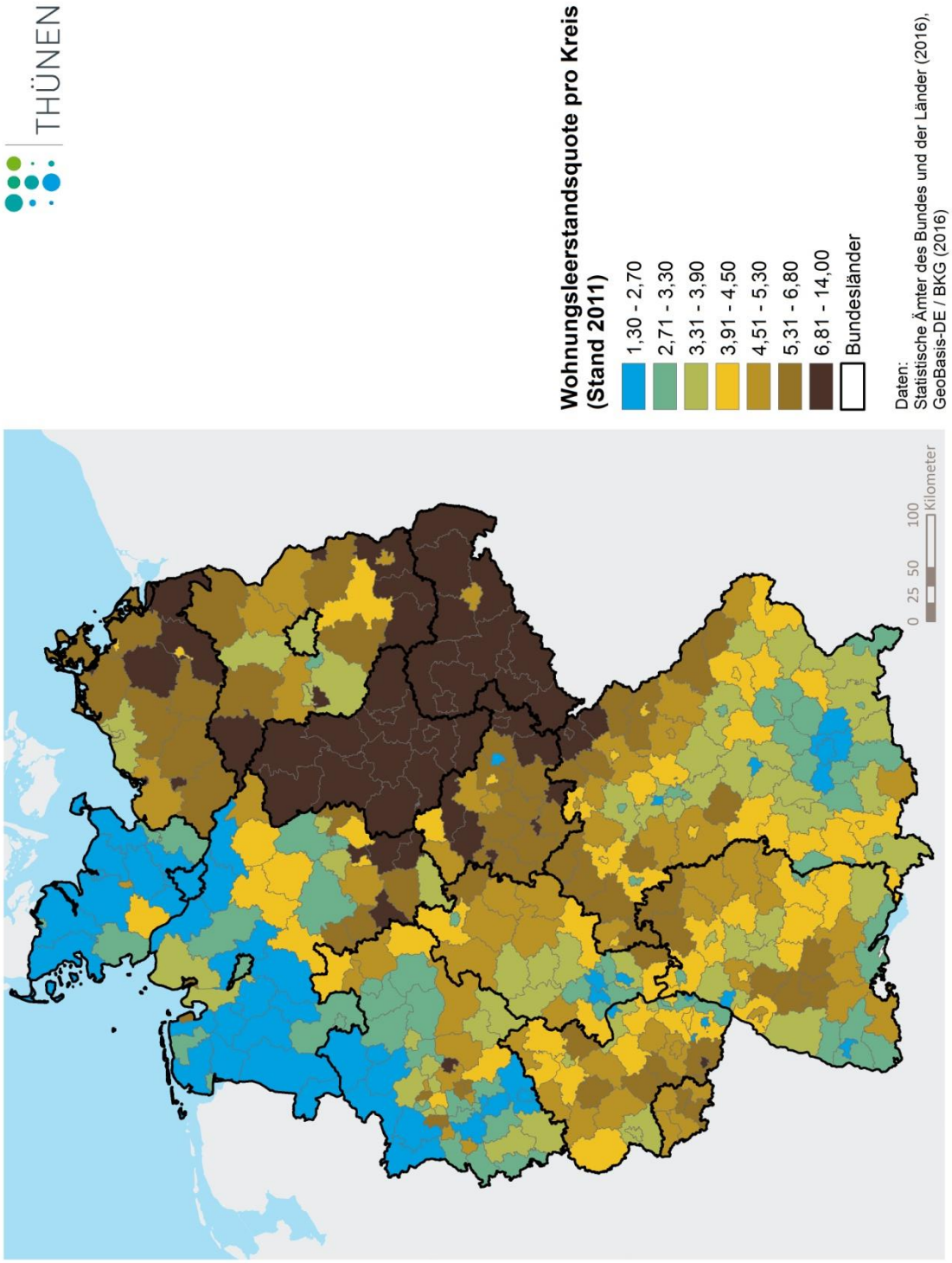
Indikator 9: Wohnungsleerstandsquote

Definition	Zähler = Leerstehende Wohnungen in Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäuser Nenner = Gesamtbestand an Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäuser
Quelle	DESTATIS
Zeitbezug	Erhebung 2011: Bereitstellung der Daten 2014
Regionalität	Kartendarstellung: kreisfreie Städte und Landkreise (alternativ: Gemeinden)
Methodik	Indikator wird in 7 gleich stark besetzte Klassen eingeteilt. Die Einteilung orientiert sich am Bundesdurchschnitt.
Hinweis	Die Leerstandsquote setzt die leerstehenden Wohnungen zu allen Wohnungen ins Verhältnis. Dabei handelt es sich bei den amtlichen Erhebungen um Wohnungen in Ein-, Zwei und Mehrfamilienhäusern. Nicht berücksichtigt sind Ferien- und Freizeitwohnungen, Diplomatenwohnungen, gewerblich genutzte Wohnungen und Wohnungen ausländischer Streitkräfte. Kontinuierliche, amtliche Datenerfassungen zum Wohnungsleerstand gibt es bislang in Deutschland nicht. Flächendeckenden Gebäude- und Wohnungszählung der Zensuserhebung stammt von 2011 und sind seit Sommer 2014 allgemein zugänglich. Fortschreibungen sind auf Grund der unterschiedlichen örtlichen Erhebungsvarianten und lokalen Schätzungen kritisch zu hinterfragen. Neben amtlichen Erhebungen gibt es auch nicht-amtliche, oft von der Immobilienbranche durchgeführte Erhebungen. Die Wohnungsleerstandsquote wird unterschiedlich aufgefasst und bewertet. So betrachtet die Immobilienwirtschaft meist nur die sogenannten „marktaktiven“ Leerstände (leere Wohnungen, die auch vermietet werden können). Für die Stadtplanung ist dagegen die Gesamtheit der leerstehenden Wohnungen entscheidend, inklusive der nicht-marktaktiven Bestände. Die Quote des marktaktiven Leerstands ist meist niedriger. In welchem Besitz die Wohnungen stehen, d.h. ob es sich beispielsweise um Wohnungen in staatlichen Besitz handelt, ist lückenhaft erfasst. Auch ist aus den Daten nichts darüber ausgesagt, mit wie vielen Personen die Wohnungen belegt werden können oder wie sie sich sozialräumlich verteilen. Aussagen zur Wohnsituation sind nur sehr eingeschränkt möglich.
Aussage	Die Wohnungsleerstandsquote gibt Hinweise auf das Ausmaß leerstehenden Wohnraums, der möglicherweise bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen genutzt werden kann.

Interpretationshinweise

- Wohnungsleerstand ist gehäuft in den neuen Bundesländern zu beobachten mit einer regionalen Konzentration in Sachsen-Anhalt und Sachsen, während in den Landkreisen von Brandenburg durch die zentrale Funktion von Berlin der Wohnungsleerstand mit Regionen der alter Bundesländer vergleichbar ist. Auch in großen Teilen von Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern ist der Leerstand etwas geringer. Potsdam und Jena sind Landkreise mit einer Leerstandsquote von weniger als 2,7 Wohnungen bezogen auf alle Wohnungen.
- Im Norden der westlichen Bundesländer, in der Region südlich des Ruhrgebietes, im Großraum Frankfurt, in der Großraumregion München, in Nürnberg und in Landkreisen nahe der Schweizer Grenze herrscht eher Wohnungsknappheit. Von hohem Wohnungsleerstand in den alten Bundesländern ist insbesondere die Harzregion, der Norden und Nord-Osten Bayerns, das Saarland und Teile von Rheinland-Pfalz betroffen. In den Landkreisen Hof und Wunsiedel erreicht die Leerstandsquote ein mit den östlichen Bundesländern vergleichbares Niveau.
- Durch die von uns vorgenommene Einteilung in sieben Klassenunterscheidet sich das regionale Verteilungsbild unserer Karten stark von den Karten der beiden Empirica-Papiere, wo lediglich drei Klassen unterschieden werden. Durch die Klassifizierung in 7 Klassen wird das Verteilungsbild insbesondere im Süden der alten Bundesländer und im Norden der neuen Bundesländer wesentlich differenzierter.

Abbildung 9: Wohnungsleerstandsquote auf Landkreisebene



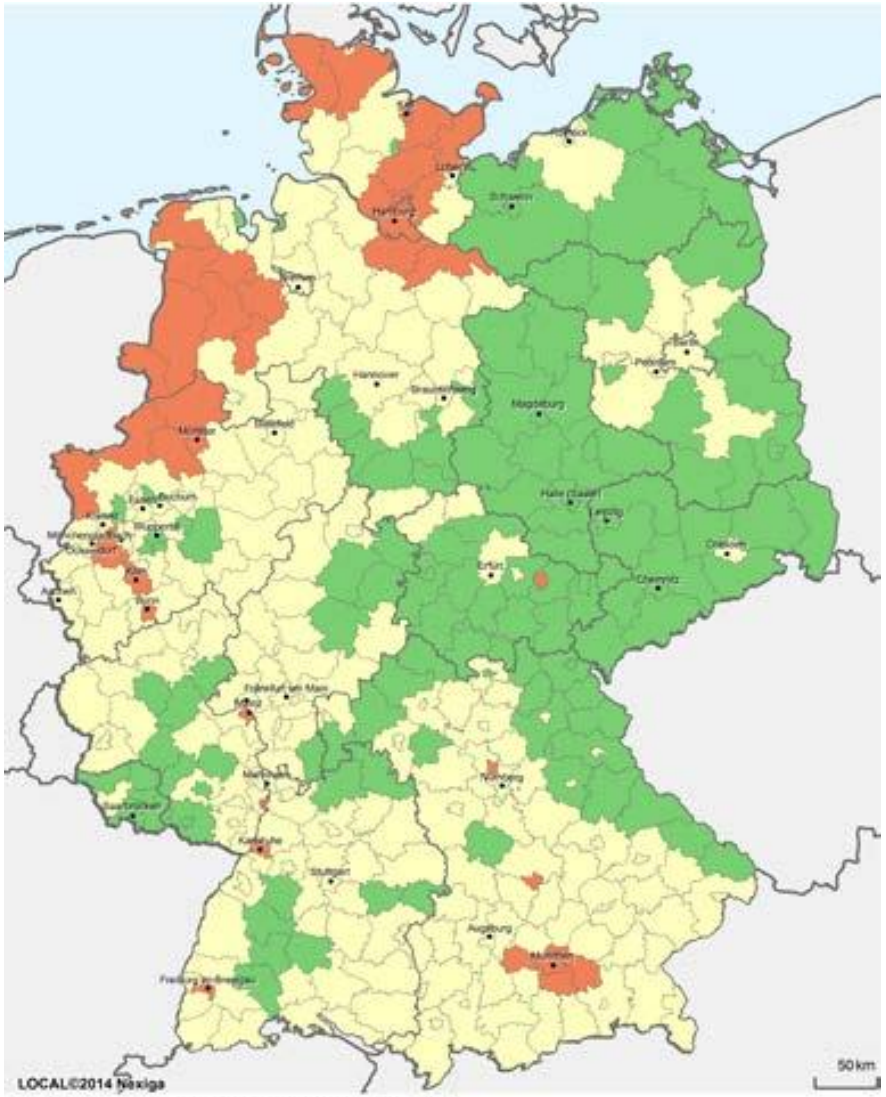
Indikator 9-1: Wohnungsleerstandsquote (empirica)

Definition	Zähler = Leerstand an Wohnungen in Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäuser Nenner = Gesamtbestand an Wohnungen in Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäuser
Quelle	empirica,2015a: Zensus 2011; empirica, 2016: Zensus 2011
Zeitbezug	2011 bei empirica, 2015a; 2011 fortgeschrieben für 2014 in empirica, 2016
Regionalität	Kartendarstellung: kreisfreie Städte und Landkreise
Methodik	Indikator wird in drei Klassen eingeteilt.
Hinweis	Klasseneinteilung nicht nachvollziehbar. empirica 1995b und empirica 1996 unterscheiden sich in der regionalen Verteilung.
Aussage	Der Indikator misst den Anteil der leerstehenden Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäuser am Gesamtbestand aller Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäuser

Interpretationshinweise

- Die beiden empirica Abbildungen unterscheiden sich in der Auswahl des Basisjahres. Die Fortschreibung auf Basis des Zensus erfolgt deutschlandweit uneinheitlich und nicht vergleichend systematisch. Die hieraus abgeleiteten Ergebnisse können zu einer Über- bzw. Unterschätzung der tatsächlichen Veränderung führen.

Abbildung 9-1: Regionale Leerstände 2011 (Wohnungsleerstand in Deutschland 2011)
(Karte entnommen aus empirica 2015a, S. 3)



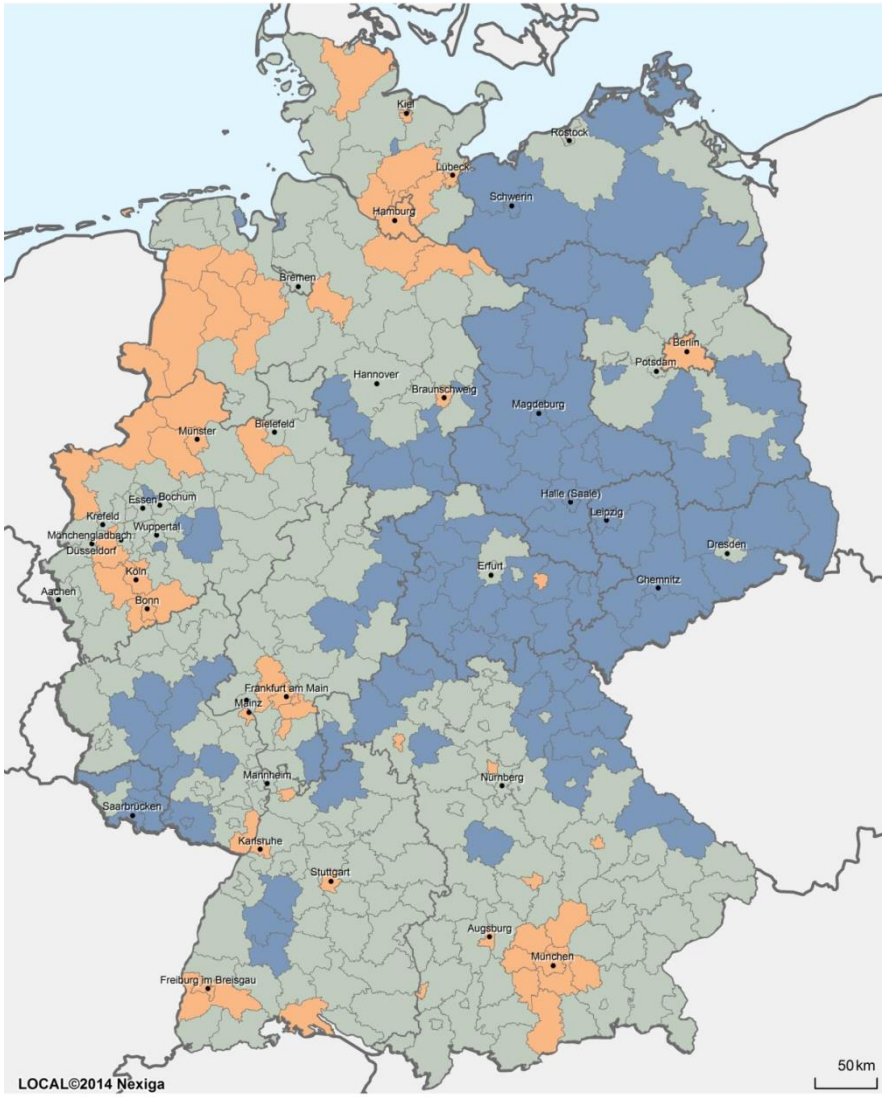
Wohnungsleerstand in Deutschland 2011 (Zensus 2011)

unter 2,5% | 2,5 bis unter 5% | 5% und mehr

Quelle: empirica/Regionaldatenbank (destatis)

www.empirica-institut.de

Abbildung 9-2: Wohnungsleerstandsquoten Jahresende 2014 bezogen auf den gesamten Wohnungsbestand (MFH+EZFH) - Leerstand Zensus 2011 fortgeschrieben.
(Karte entnommen aus empirica 2016, S. 36)



Wohnungsleerstand in Deutschland 2014 (Leerstand Zensus 2011 fortgeschrieben)

unter 2,5% | 2,5 bis unter 5% | 5% und mehr

Quelle: empirica-Regionaldatenbank (destatis), CBRE-empirica-Leerstandsindex

www.empirica-institut.de

4 Demografischer Handlungsbedarf und Daseinsvorsorge

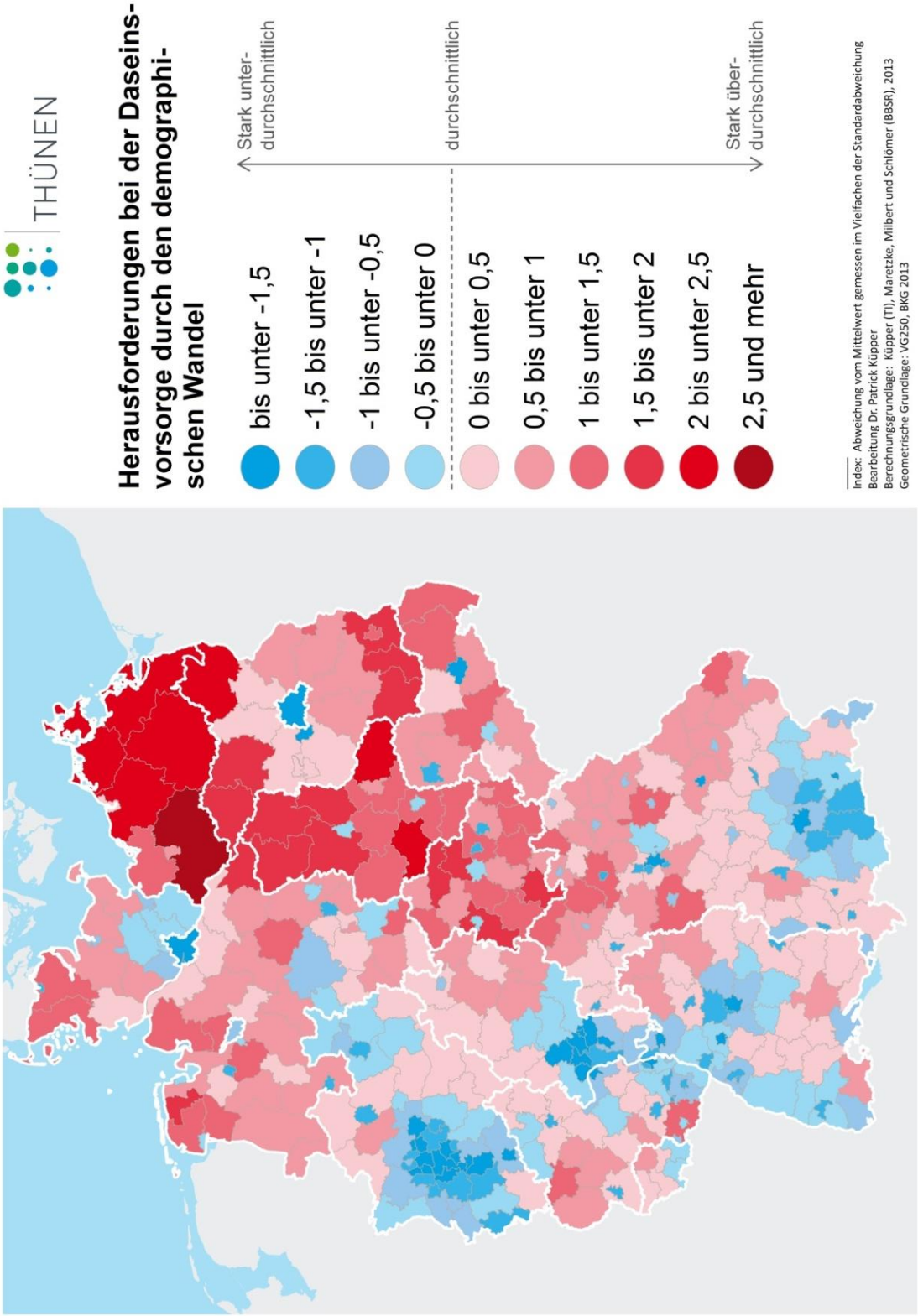
Indikator 10: Herausforderungen bei der Daseinsvorsorge durch den demographischen Wandel

Definition	Index zur Identifizierung von Regionen, die in Bezug auf die Daseinsvorsorge besonders vom demographischen Wandel betroffen sind
Quelle	Datengrundlage: Laufende Raumbeobachtung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) Berechnung: Patrick Küpper (TI), Steffen Maretzke, Antonia Milbert und Claus Schlömer (BBSR) 2013
Zeitbezug	Die demographischen Indikatoren zeichnen einerseits die Entwicklungen von 1990 bis 2010 nach und prognostizieren die Veränderungen von 2010 bis 2030. Die Strukturindikatoren geben den Stand von 2011 bzw. 2012 wider.
Regionalität	Die Berechnung erfolgte auf Ebene der BBSR-Prognoseräume sowie auf Kreisebene. Die Kartendarstellung zeigt die Ergebnisse auf Kreisebene.
Methodik	In dem Index werden 16 Indikatoren additiv verknüpft (Küpper, Maretzke, Milbert, Schlömer 2013). Schwerpunkt des Indexes sind demographische Indikatoren zur Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung in der Vergangenheit und prognostiziert für die Zukunft. Diese demographischen Entwicklungen treffen auf bestehende Strukturen, die aktuell das Angebot von Daseinsvorsorgeangeboten erschweren bzw. die Erreichbarkeit dieser Angebote einschränken. Die Strukturindikatoren bestehen aus Siedlungsdichte und Bevölkerungspotential sowie Erreichbarkeit der Ober- und Mittelzentren mit dem PKW und dem ÖPNV.
Hinweis	Der Index wurde im Rahmen der Arbeitsgruppe D „Regionen im demographischen Wandel stärken“ entwickelt. Dabei wurden die Indikatorenauswahl und die jeweiligen Gewichtungen mit den Mitgliedern der ressort- und ebenenübergreifenden Arbeitsgruppe diskutiert und abgestimmt. Das dabei zu Grunde gelegte Verständnis von demographischem Wandel beschränkt sich auf den Bevölkerungsrückgang und Alterung, so dass die Internationalisierung, die teilweise auch zum demographischen Wandel gezählt wird, im Rahmen dieses Indexes keine Rolle spielte.
Aussage	Der Index gibt an, wo besondere Herausforderungen zur Anpassung der Daseinsvorsorge an eine alternde und rückläufige Bevölkerung bestehen und zukünftig zu erwarten sind. Je stärker die demographischen Veränderungen sind, desto höher – so die Grundannahme – sind auch die Herausforderungen zur Aufrechterhaltung und Anpassung der Daseinsvorsorge. Die Auswirkungen des demographischen Wandels wird dabei aber durch bestehende Siedlungsstrukturen beeinflusst. Je disperser die Siedlungsstruktur, desto größer sind die Herausforderungen, mit dem Wandel umzugehen und die Daseinsvorsorge zu sichern. Der Index ist z-transformiert. Das bedeutet, dass Werte über Null einen überdurchschnittlichen Handlungsbedarf aller deutschen Kreis darstellen und Werte unter Null einen unterdurchschnittlichen.

Interpretationshinweise

- Die Sicherung der Daseinsvorsorge stellt insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern eine Herausforderung dar, besonders stark ausgeprägt in Mecklenburg Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Auf Grund der starken demographischen Veränderungen sind hier auch einige kreisfreie Städte, wie z. B. Cottbus, Brandenburg an der Havel oder Rostock besonders betroffen, wohingegen sich die Situation in Berlin und in Städten wie Potsdam, Magdeburg, Halle, Leipzig, Dresden, Chemnitz, Eisenach, Weimar, Jena und Erfurt deutlich positiver darstellt. Dort werden die Herausforderung an die Daseinsvorsorge als unterdurchschnittlich bis stark unterdurchschnittlich eingestuft.
- In Westdeutschland sind insbesondere wirtschaftlich schwache ländliche Landkreise im Norden, vereinzelt Landkreise in Rheinland-Pfalz sowie Landkreise im Norden von Bayern stark vom demographischen Wandel und den damit verbundenen Herausforderungen bei der Daseinsvorsorge betroffen.

Abbildung 10: Herausforderungen bei der Daseinsvorsorge durch den demografischen Wandel



Datengrundlage: Laufende Raumbeobachtung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR).Berechnung: Patrick Küpper (TI), Steffen Maretzke, Antonia Milbert und Claus Schlömer (BBSR) 2013. Administrative Grenzen, vg250 Bundesamt für Kartographie und Geodäsie 2013.

5 Zentralität und Erreichbarkeit

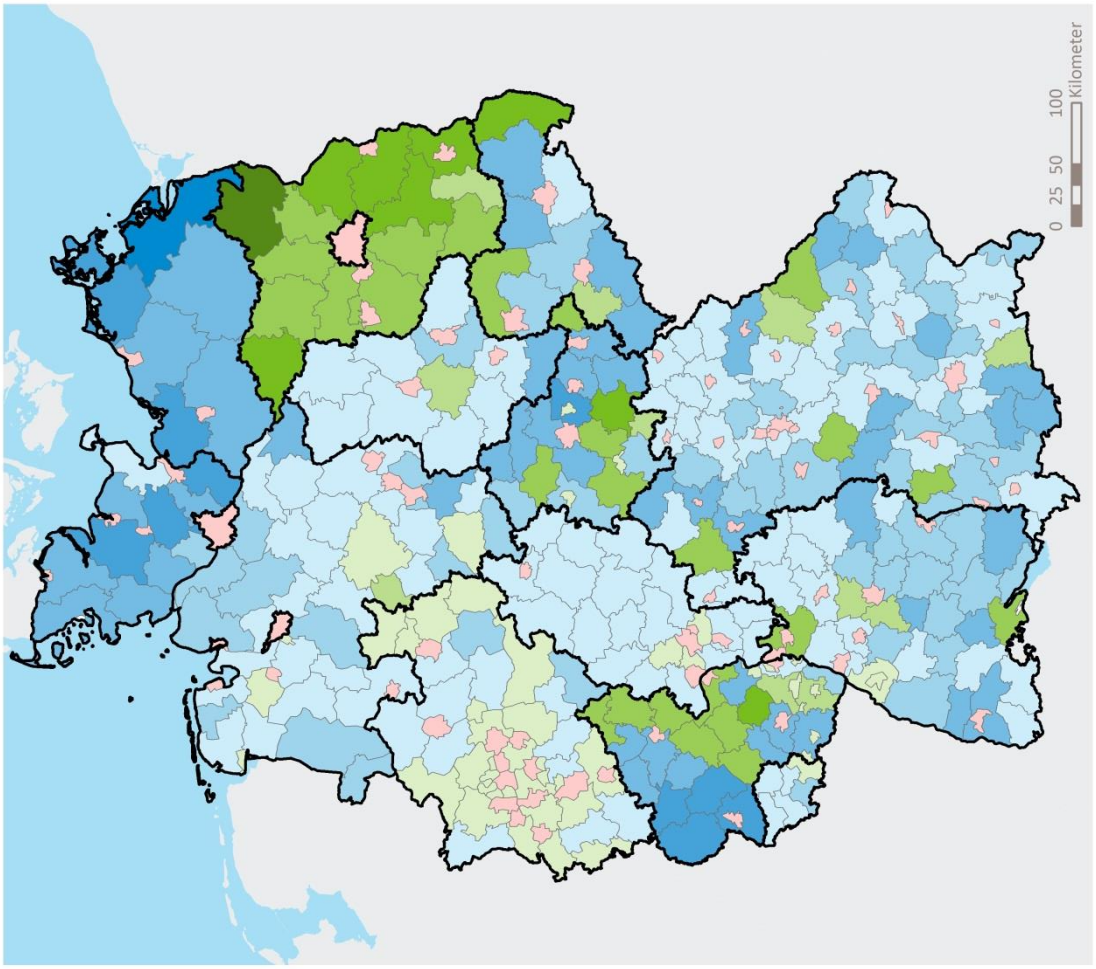
Indikator 11: Erreichbarkeit Zentraler Orte

Definition	Median-Erreichbarkeit des nächsten Zentralen Ortes im Verkehrswegenetz (kürzeste Wegelänge)
Quelle	Datenquellen: Zentrale Orte, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Berechnung: Thünen-Erreichbarkeitsmodell.
Zeitbezug	Stand: 2013
Regionalität	Kartendarstellung: Kreisfreie Städte und Landkreise; Gemeinden
Methodik	Berechnet wurde der Indikator „Median-Erreichbarkeit von Zentralen Orten" für Siedlungsflächen anhand der geographischen Erreichbarkeit im Verkehrswegenetz mit dem sogenannten Rasteransatz auf Basis eines Rasters mit einer Kantenlänge von 250 m mit Hilfe des Thünen-Erreichbarkeitsmodells (vgl. Exkurs: Methodik der Erreichbarkeitsberechnung im Anhang).
Hinweis	Einschränkend muss beachtet werden, dass durch die Aggregation der kleinräumig berechneten Daten auf Ebene der Kreise/Gemeinden interregionale Unterschiede „nivelliert" werden (Problem der sich verändernden Gebietseinheiten/ Modifiable Areal Unit Problem). Daher ist davon auszugehen , dass je nach Standort der Unterkunft der reell zur Erreichung des nächsten Versorgungszentrums notwendige Aufwand von dem in der Karte ausgewiesenen abweicht. Ein weiteres Problem besteht darin, dass die Soll-Ausstattung Zentraler Orte unterschiedlicher Zentralitätsstufen sowie Ausweiskriterien nicht bundeseinheitlich festgelegt sind, sondern von den Ländern definiert werden. Das bedeutet die Vergleichbarkeit zwischen den Ländern ist nur eingeschränkt gegeben (z. B. werden in Brandenburg keine Klein-/Unterzentren ausgewiesen).
Aussage	Für eine gelungene Integration von Flüchtlingen in ländlichen Räumen sind gut erreichbare Verwaltungs- und Versorgungsinfrastrukturen wichtig. Eine flächendeckende Erhebung des Zugangs zu allen relevanten Infrastrukturen ist jedoch nicht möglich, da nicht für alle relevanten Infrastrukturen die dazu notwendigen Standortdaten verfügbar sind. Deshalb bietet sich als Hilfsindikator die Erreichbarkeit Zentraler Orte unterschiedlicher Zentralitätsstufen an. Dabei gilt, je höher die Zentralitätsstufe des nächsten erreichbaren Zentralen Ortes (vgl. Exkurs Zentrale-Orte-System im Anhang) desto besser ist i. d. R. die Versorgungsqualität (d. h. desto größer und vielfältiger ist das Infrastrukturangebot). Neben dem nächsten erreichbaren Zentralen Ort zeigt die Karte zusätzlich auch den Aufwand, der zum Erreichen dieses Ortes notwendig ist. Vor dem Hintergrund der eingeschränkten Mobilität von Flüchtlingen lassen sich den Karten daher auch Informationen darüber entnehmen, in welchen Regionen Versorgungsinfrastrukturen für Migranten und Flüchtlinge eher leichter oder eher schwerer zu erreichen sind.

Interpretationshinweise

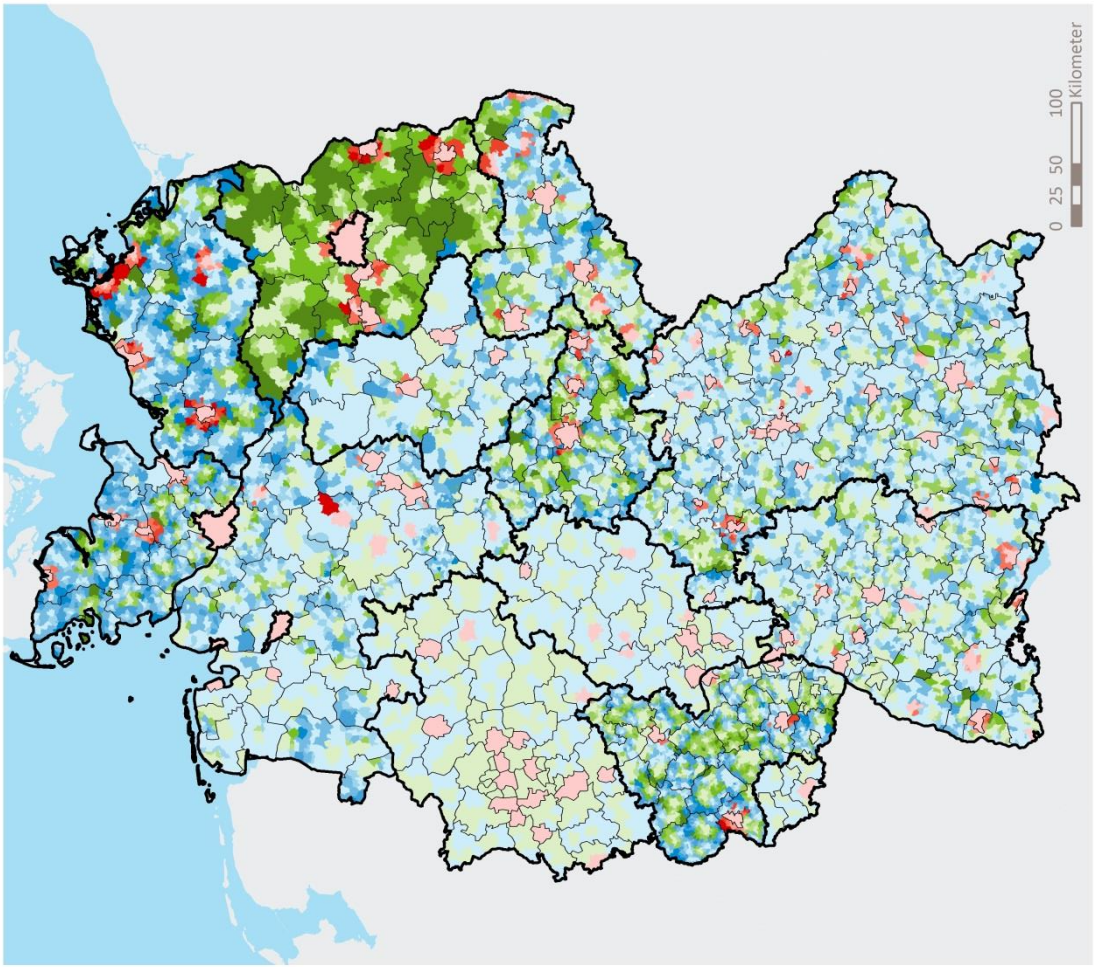
- Der Indikator „Median Erreichbarkeit Zentraler Orte" zeigt auf Ebene der Kreise und Gemeinden, ob der im Median jeweils nächstgelegenen Zentrale Orte ein Oberzentrum, Mittelzentrum oder Unterzentrum ist. Dabei gilt: Je höher die Zentralitätsstufe des Zentralen Ortes desto besser ist i.d.R. die Versorgungsqualität (Anzahl der angebotenen (Versorgungs-)Infrastrukturen).
- Neben der Zentralitätsstufe des nächstgelegenen zentralen Ortes ermöglicht der Indikator außerdem eine Aussage zur Qualität der Erreichbarkeit, indem er angibt welcher Aufwand zum Erreichen des im Median nächstgelegenen Zentralen Ortes notwendig ist. Dabei gilt, dass fußläufige Erreichbarkeiten und PKW-Erreichbarkeiten >15 Minuten Wegezeiten als eher ungünstig anzusehen sind. Erreichbarkeiten <=15 Minuten sind dem hingegen als eher günstig anzusehen.
- Sowohl auf Kreis-, als auch auf Gemeindeebene zeigen die Karten, dass in der überwiegenden Mehrheit der Regionen (Kreis/Gemeinde) der nächste erreichbare Zentrale Ort ein Klein-/ Unterzentrum ist (blau). Brandenburg fällt hier deshalb aus dem Raster, da im Zentralörtlichen System Brandenburgs keine Klein-/ Unterzentren ausgewiesen sind.
- Sowohl auf Kreis-, als auch Gemeindeebene zeigen die Karten, dass vergleichsweise ungünstige Median-Erreichbarkeiten v. a. in Schleswig-Holstein, Mecklenburg Vorpommern, Brandenburg, Thüringen, Sachsen und Rheinland-Pfalz vorherrschen. Eher gute Median-Erreichbarkeiten findet man hingegen in Hessen und Nordrhein-Westfalen sowie den Oberzentren allgemein.
- Deutlich zeigt sich anhand des Vergleichs der Kreis- mit den Gemeindedaten das sogenannte „Problem der sich verändernden Gebietseinheiten", d. h. die Nivellierung der interregionalen Unterschiede bei Aggregation der Daten. Das bedeutet, je größer die betrachtete administrative Einheit ist, desto stärker weicht das Ergebnis der Aggregation von der Realität ab (vgl. z. B. Sachsen-Anhalt). Insgesamt zeigt der Vergleich zwischen der Aggregationsebene der Kreise und derjenigen der Gemeinden dass die Gemeindeebene das Erreichbarkeitsmuster Zentraler Orte besser wiedergibt als die Kreisebene.
- Insbesondere die Betrachtung der Median-Erreichbarkeit des nächsten Zentralen Ortes auf dem Aggregationsniveau der Gemeinden zeigt ein detailliertes kleinteiliges Erreichbarkeitsmuster, bei dem eher gute und eher schlechte Erreichbarkeiten in unmittelbarer Nachbarschaft zueinander zu finden sind.

Abbildung 11: Median Erreichbarkeit von Zentralen Orten pro Kreis



Eigene Darstellung. Datenquellen: Zentrale Orte, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Administrative Grenzen, vg250 Bundesamt für Kartographie und Geodäsie 2013. Berechnung: Thünen-Erreichbarkeitsmodell

Abbildung 12: Median Erreichbarkeit von Zentralen Orten pro Gemeinde



Eigene Darstellung. Datenquellen: Zentrale Orte, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Administrative Grenzen, vg250 Bundesamt für Kartographie und Geodäsie 2013. Berechnung: Thünen-Erreichbarkeitsmodell

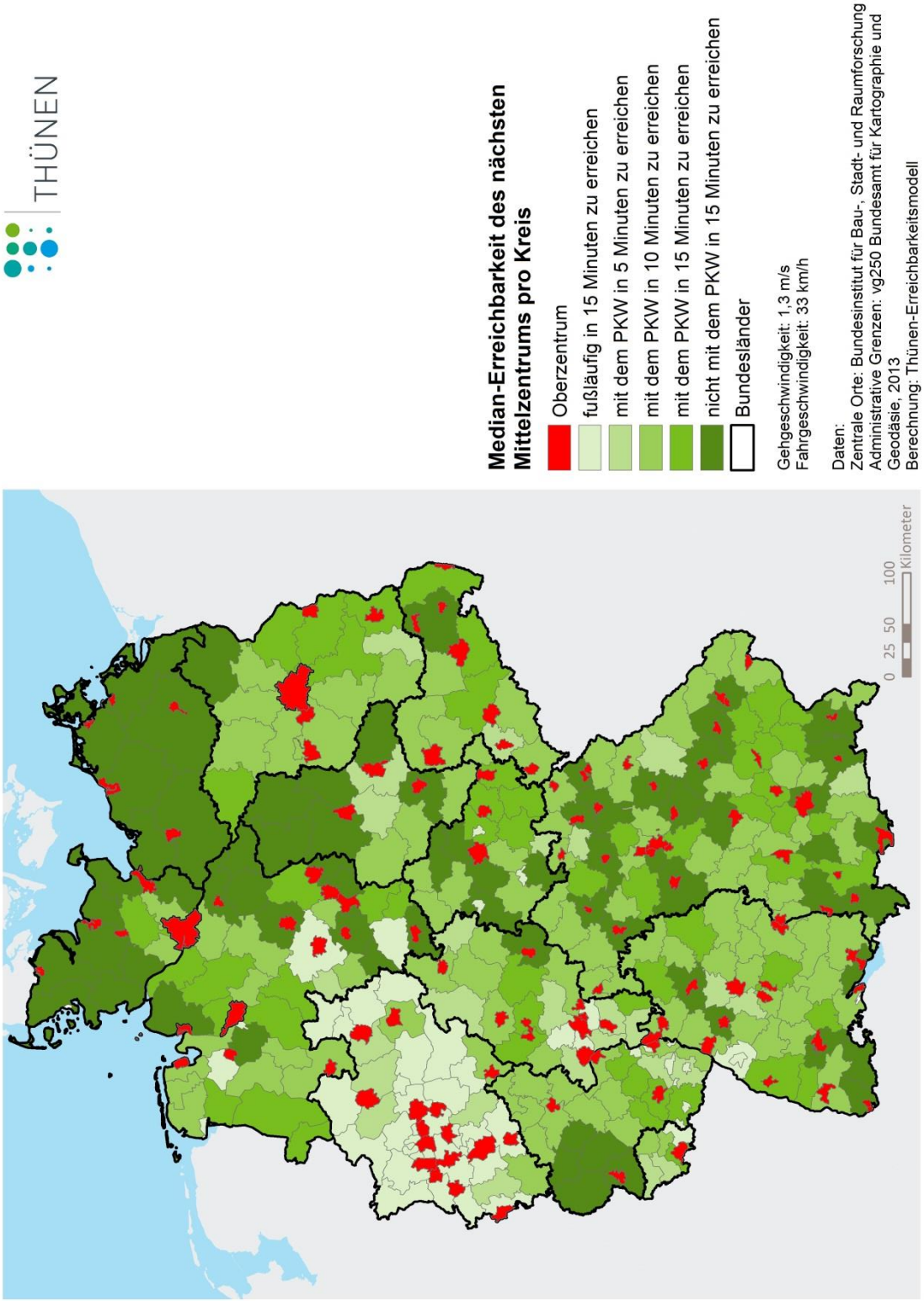
Indikator 12: Erreichbarkeit von Mittelzentren

Definition	Median-Erreichbarkeit des nächsten Mittelzentrums im Verkehrswegenetz (kürzeste Wegelänge)
Quelle	Datenquellen: Zentrale Orte, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Berechnung: Thünen-Erreichbarkeitsmodell
Zeitbezug	Stand: 2013
Regionalität	Kartendarstellung: Kreisfreie Städte und Landkreise; Gemeinden
Methodik	Berechnet wurde der Indikator „Median-Erreichbarkeit von "Mittelzentren" für Siedlungsflächen anhand der geographischen Erreichbarkeit im Verkehrswegenetz mit dem sogenannten Rasteransatz auf Basis eines Rasters mit einer Kantenlänge von 250 m mit Hilfe des Thünen-Erreichbarkeitsmodells (vgl. Exkurs: Methodik der Erreichbarkeitsberechnung im Anhang).
Hinweis	Einschränkend muss dabei beachtet werden, dass durch die Aggregation der kleinräumig berechneten Daten auf Ebene der Kreise/Gemeinden interregionale Unterschiede „nivelliert" wurden (Problem der sich verändernden Gebietseinheiten/ Modifiable Areal Unit Problem). Daher ist davon auszugehen, dass je nach Standort der Aufnahmeeinrichtung der reell zur Erreichung des nächsten Mittelzentrums notwendige Aufwand von dem in der Karte ausgewiesenen abweicht. Ein weiteres Problem besteht darin, dass die Soll-Ausstattung Zentraler Orte (vgl. Exkurs Zentrale-Orte-System im Anhang) unterschiedlicher Zentralitätsstufen sowie Ausweiskriterien nicht bundeseinheitlich festgelegt sind, sondern von den Ländern definiert werden. Die Vergleichbarkeit zwischen den Ländern wird dadurch eingeschränkt. Dementsprechend ist die Karte lediglich als indikativ zu verstehen, um grob Regionen zu identifizieren in denen eine eher günstige oder eher ungünstige Erreichbarkeit von Mittelzentren wahrscheinlich ist.
Aussage	Die Karten Erreichbarkeit von Mittelzentren pro Kreis und Gemeinde geben einen flächendeckenden Überblick über die Erreichbarkeit des nächsten Mittelzentrums. Da davon auszugehen ist, dass die für Flüchtlinge und Migranten wichtigen Anlaufstellen wie Ausländerbehörden, Kreisverwaltungen, Arbeitsämter etc. schwerpunktmäßig in Mittelzentren angesiedelt sind, geben die Karten einen Hinweis , mit welchem Aufwand in einer Region zu rechnen ist, um diese, für die Integration wichtigen, Anlaufstellen zu erreichen. Vor dem Hintergrund der eingeschränkten Mobilität von Flüchtlingen lassen sich den Karten auch Informationen darüber entnehmen, in welchen Regionen wichtige Anlaufstellen für Migranten und Flüchtlinge eher leichter oder eher schwerer zu erreichen sind.

Interpretationshinweise

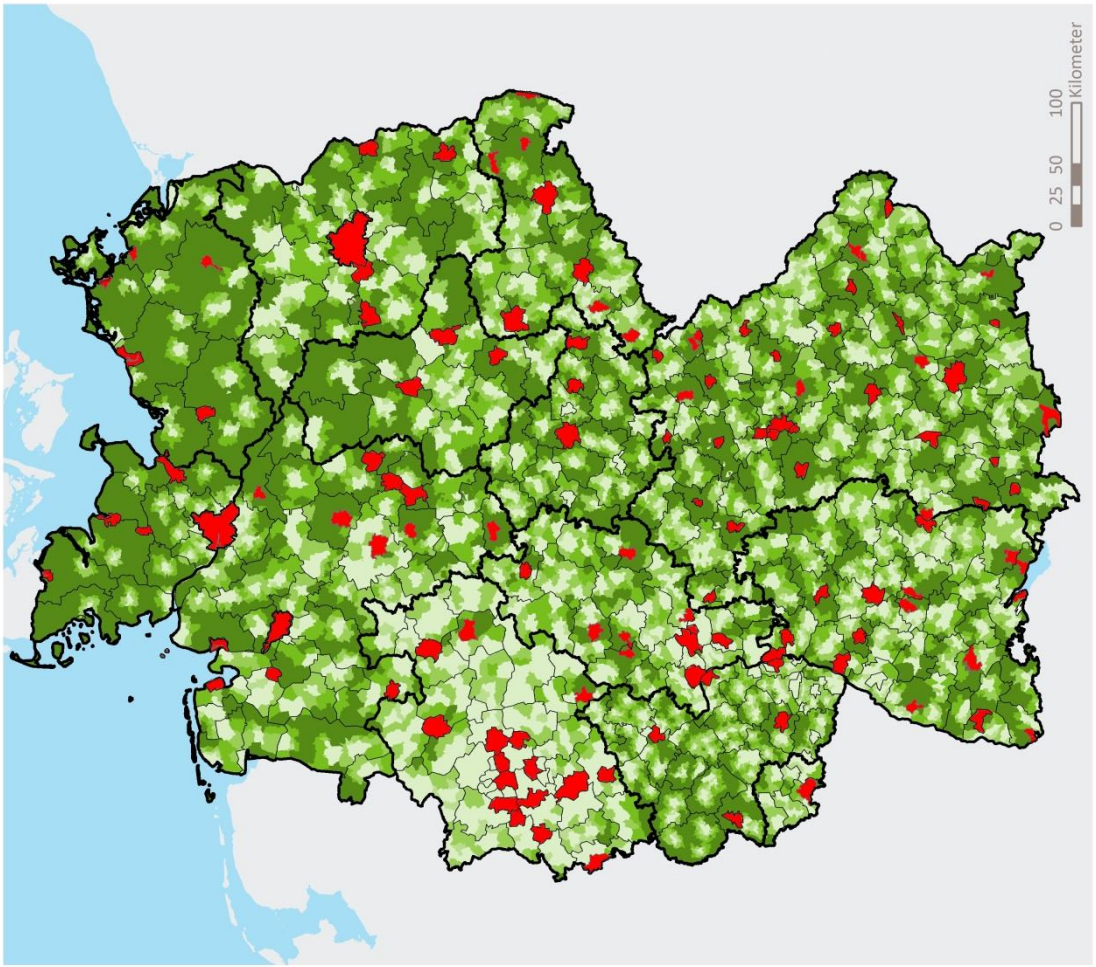
- Der Indikator „Median Erreichbarkeit Zentraler Orte" zeigt auf Ebene der Kreise und Gemeinden, ob der im Median jeweils nächstgelegenen Zentrale Orte ein Oberzentrum, Mittelzentrum oder Unterzentrum ist. Dabei gilt: Je höher die Zentralitätsstufe des Zentralen Ortes desto besser ist i.d.R. die Versorgungsqualität (Anzahl der angebotenen (Versorgungs-)Infrastrukturen).
- Neben des Zentralitätsstufe des nächstgelegenen zentralen Ortes ermöglicht der Indikator außerdem eine Aussage zur Qualität der Erreichbarkeit, indem er angibt welcher Aufwand zum Erreichen des im Median nächstgelegenen Zentralen Ortes notwendig ist. Dabei gilt, dass fußläufige Erreichbarkeiten und PKW-Erreichbarkeiten >15 Minuten Wegezeiten als eher ungünstig anzusehen sind. Erreichbarkeiten <=15 Minuten sind dem hingegen als eher günstig anzusehen.
- Sowohl auf Kreis-, als auch auf Gemeindeebene zeigen die Karten, dass in der überwiegenden Mehrheit der Regionen (Kreis/Gemeinde) der nächste erreichbare Zentrale Ort ein Klein-/ Unterzentrum ist (blau). Brandenburg fällt hier deshalb aus dem Raster, da im Zentralörtlichen System Brandenburgs keine Klein-/ Unterzentren ausgewiesen sind.
- Sowohl auf Kreis-, als auch Gemeindeebene zeigen die Karten, dass vergleichsweise ungünstige Median-Erreichbarkeiten v. a. in Schleswig-Holstein, Mecklenburg Vorpommern, Brandenburg, Thüringen, Sachsen und Rheinland-Pfalz vorherrschen. Eher gute Median-Erreichbarkeiten findet man hingegen in Hessen und Nordrhein-Westfalen sowie den Oberzentren allgemein.
- Deutlich zeigt sich anhand des Vergleichs der Kreis- mit den Gemeindedaten das sogenannte „Problem der sich verändernden Gebietseinheiten", d. h. die Nivellierung der interregionalen Unterschiede bei Aggregation der Daten. Das bedeutet, je größer die betrachtete administrative Einheit ist, desto stärker weicht das Ergebnis der Aggregation von der Realität ab (vgl. z. B. Sachsen-Anhalt). Insgesamt zeigt der Vergleich zwischen der Aggregationsebene der Kreise und derjenigen der Gemeinden dass die Gemeindeebene das Erreichbarkeitsmuster Zentraler Orte besser wiedergibt als die Kreisebene.
- Insbesondere die Betrachtung der Median-Erreichbarkeit des nächsten Zentralen Ortes auf dem Aggregationsniveau der Gemeinden zeigt ein detailliertes kleinteiliges Erreichbarkeitsmuster, bei dem eher gute und eher schlechte Erreichbarkeiten in unmittelbarer Nachbarschaft zueinander zu finden sind.0b

Abbildung 13: Median Erreichbarkeit von Mittelzentren pro Kreis



Eigene Darstellung. Datenquellen: Zentrale Orte, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Administrative Grenzen, vg250 Bundesamt für Kartographie und Geodäsie 2013. Berechnung: Thünen-Erreichbarkeitsmodell

Abbildung 14: Median Erreichbarkeit von Mittelzentren pro Gemeinde



Eigene Darstellung. Datenquellen: Zentrale Orte, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Administrative Grenzen, vg250 Bundesamt für Kartographie und Geodäsie 2013. Berechnung: Thünen-Erreichbarkeitsmodell

Indikator 13: Erreichbarkeit des nächsten Supermarkts oder Discounter

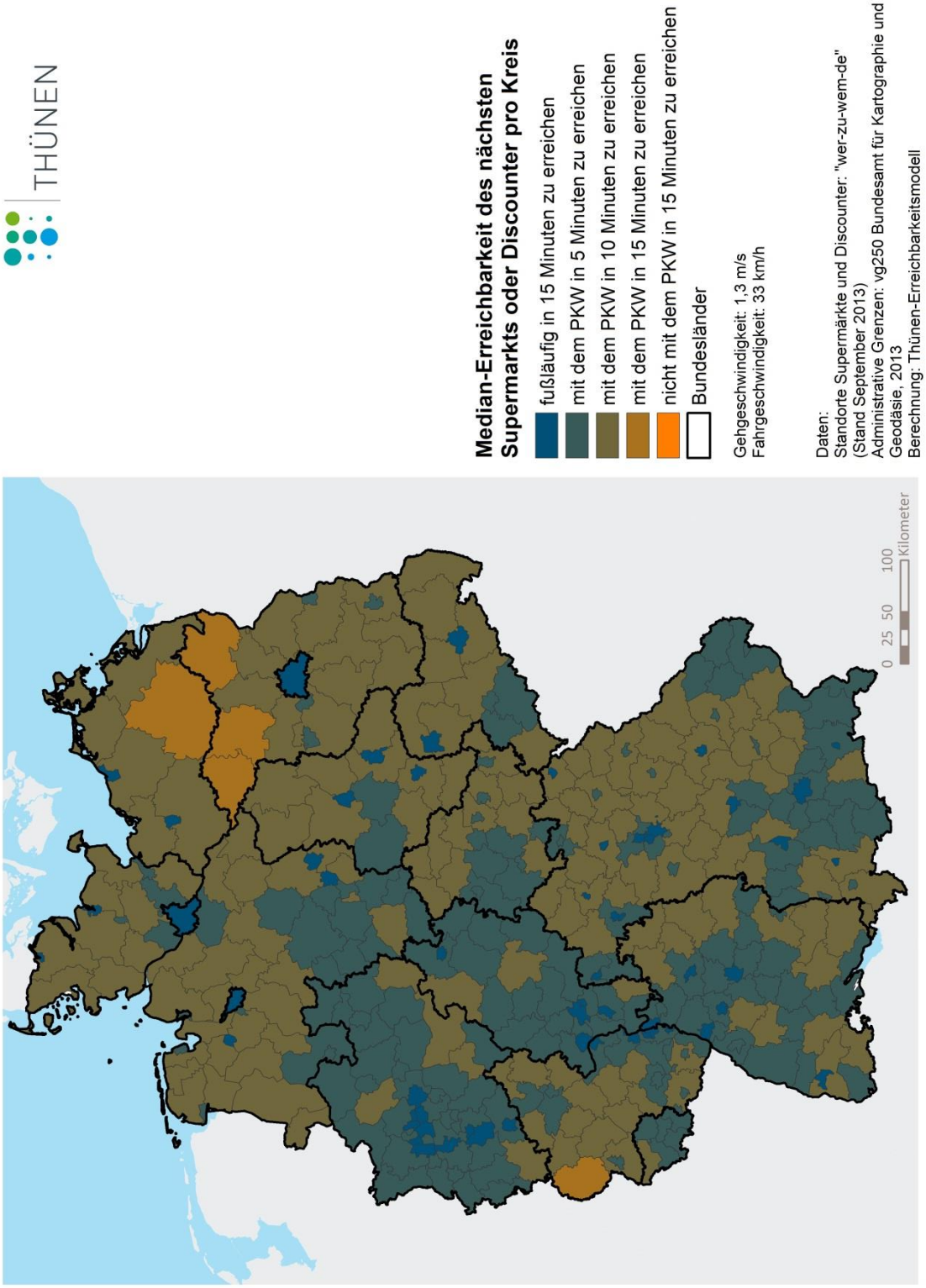
Definition	Median-Erreichbarkeit des nächsten Supermarktes oder Discounter im Verkehrswegenetz (kürzeste Wegelänge)
Quelle	Datenquellen: Standorte von Supermärkten und Discountern, Adressdatenanbieter „wer-zu-wem.de“. Berechnung: Thünen-Erreichbarkeitsmodell.
Zeitbezug	Stand: September 2013
Regionalität	Kartendarstellung: kreisfreien Städte und Landkreise; Gemeinden
Methodik	Berechnet wurde der Indikator „Erreichbarkeit von Supermärkten oder Discountern“ für Siedlungsflächen anhand der geographischen Erreichbarkeit im Verkehrswegenetz mit dem sogenannten Rasteransatz auf Basis eines Rasters mit einer Kantenlänge von 250 m mit Hilfe des Thünen-Erreichbarkeitsmodells (vgl. Neumeier 2014 und Exkurs: Methodik der Erreichbarkeitsberechnung im Anhang).
Hinweis	Einschränkend muss beachtet werden, dass durch die Aggregation der kleinräumig berechneten Daten auf Ebene der Kreise/Gemeinden interregionale Unterschiede „nivelliert“ wurden (Problem der sich verändernden Gebietseinheiten/ Modifiable Areal Unit Problem). Daher ist davon auszugehen, dass je nach Standort der Aufnahmeeinrichtung der reell zur Erreichung des nächsten Supermarktes oder Discounter notwendige Aufwand von dem in der Karte ausgewiesenen abweicht. Der Indikator wurde basierend auf einem idealtypischen Erreichbarkeitsmodell berechnet (vgl. Neumeier 2014) und gibt dementsprechend ein stark vereinfachtes Abbild der Realität wieder. Dementsprechend ist die Karte lediglich als indikativ zu verstehen, um grob Regionen zu identifizieren in denen eine eher günstige oder eher ungünstige Erreichbarkeit von Supermärkten oder Discountern wahrscheinlich ist.
Aussage	Die Karten Median-Erreichbarkeit des nächsten Supermarktes oder Discounter pro Kreis und Gemeinde geben einen flächendeckenden Überblick über die Erreichbarkeit des nächsten Supermarktes oder Discounter und geben somit einen Hinweis auf die Qualität des Zugangs zu Lebensmittelversorgern die Waren anbieten die i. d. R. über das Angebot eines Dorfladens hinausgehen (Lebensmittelvollsortiment sowie Nonfood I und II Artikel[2]). Vor dem Hintergrund der eingeschränkten Mobilität von Migranten und Flüchtlingen in Erstaufnahmeeinrichtungen lassen sich aus der Karte auch Informationen darüber entnehmen, in welchen Regionen davon auszugehen ist, dass Supermärkte und Discounter als zentrale Versorgungseinrichtungen für Migranten und Flüchtlinge eher leichter oder eher schwerer zu erreichen sind.

[2] Nonfood I: Drogerieartikel, Wasch-, Putz- und Reinigungsmittel sowie Tiernahrung. Nonfood II: Ge- und Verbrauchsgüter des kurz-, mittel- und langfristigen Bedarfs wie Textilien, Schuhe, Gartenbedarf, Unterhaltungselektronik, Elektrogroßgeräte, Bücher und Presseartikel usw. (vgl. EHI 2013).

Interpretationshinweise

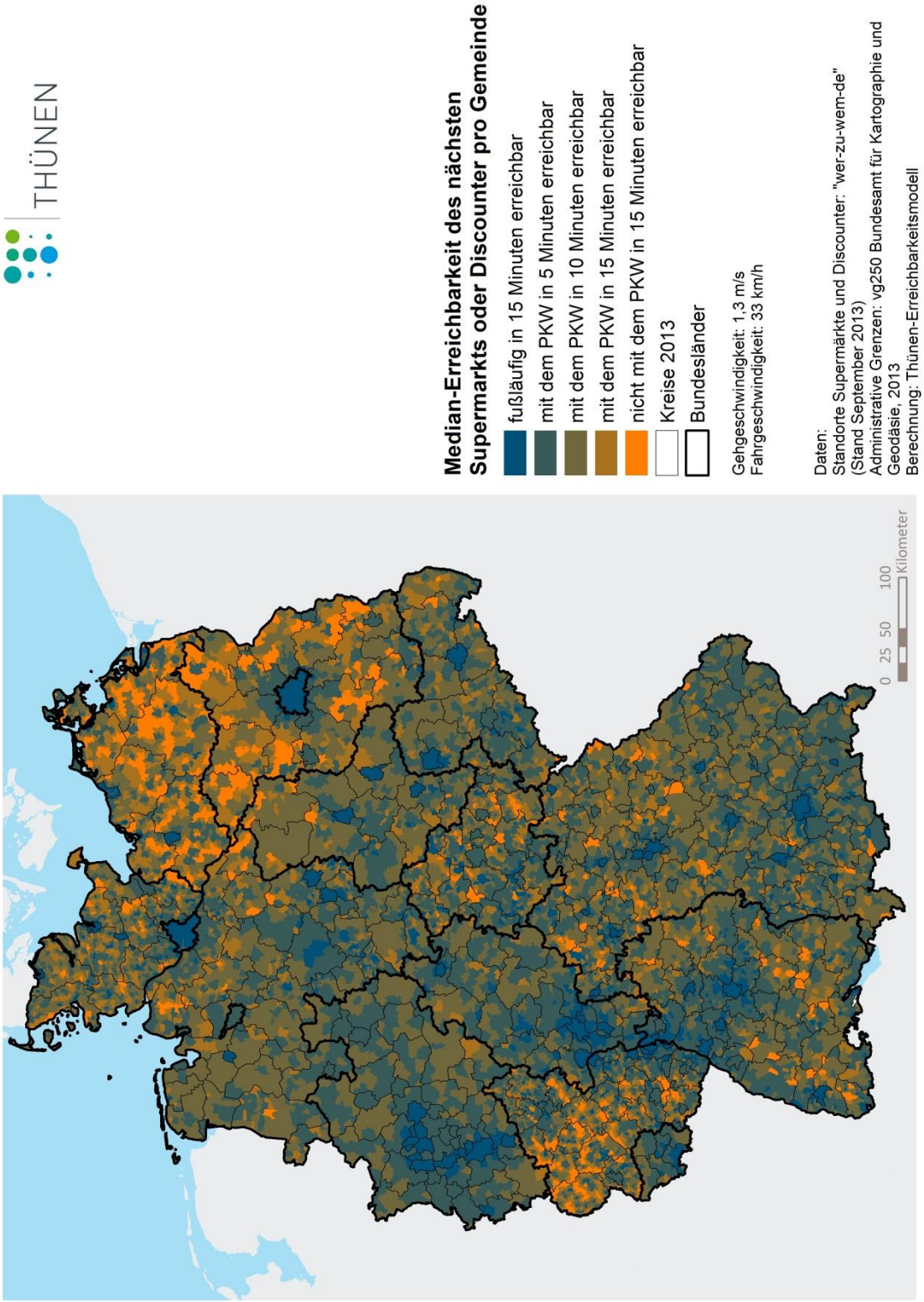
- Die Erreichbarkeit von Supermärkten und Discountern ist ein wichtiges Kriterium für den Zugang zu Gütern des täglichen Bedarfs.
- Der Indikator „Median Erreichbarkeit von Supermärkten oder Discountern“ ermöglicht eine Aussage zur Qualität der Erreichbarkeit, indem er angibt welcher Aufwand zum Erreichen des im Median nächstgelegenen Supermarktes oder Discounters notwendig ist. Vor dem Hintergrund der eingeschränkten Mobilität von Flüchtlingen und gleichzeitiger Notwendigkeit sich mit Lebensmitteln etc. zu versorgen gilt, dass v. a. fußläufigen Erreichbarkeiten <= 15 Minuten angestrebt werden sollten. Fußläufige Erreichbarkeiten oder PKW Erreichbarkeiten > 15 Minuten sollten hingegen eher vermieden werden.
- Deutlich zeigt sich beim Vergleich der Daten auf Kreis- und Gemeindeebene das sogenannte „Problem der sich verändernden Gebietseinheiten“, d. h. die Nivellierung der interregionalen Unterschiede bei Aggregation der Daten. Das bedeutet, je größer die betrachtete administrative Einheit ist, desto stärker weicht das Ergebnis der Aggregation von der Realität ab (vgl. z. B. Mecklenburg Vorpommern, Brandenburg, Rheinland-Pfalz). In beiden Karten ist jedoch relativ klar zu erkennen, dass fußläufige Erreichbarkeiten von Supermärkten oder Discountern i. d. R. nur in den Städten und Verdichtungsräumen gegeben sind (hellblau). Außerhalb der Städte und Verdichtungsräume wird ein PKW oder (falls vorhanden) der ÖPNV benötigt, um Supermärkte oder Discounter zu erreichen (türkis, braun, ocker).
- Während die Daten auf Kreisebene auf Grund der Nivellierung interregionaler Unterschiede nur ein generalisiertes und daher relativ homogenes Erreichbarkeitsmuster zeigen, bei dem sich Regionen mit besonders ungünstigen Erreichbarkeiten (> 15 Minuten PKW-Fahrzeit) auf die Kreise Mecklenburgische Seenplatte in Mecklenburg Vorpommern, Prignitz, Ostprignitz-Ruppin und Uckermark in Brandenburg sowie den Eifelkreis Bitburg-Prüm in Rheinland-Pfalz beschränken, zeigt die Karte auf dem Aggregationsniveau der Gemeinden ein deutlich kleinteiligeres und detaillierteres Erreichbarkeitsmuster, das die Realität besser abbildet als die Aggregation der Erreichbarkeitswerte auf Ebene der Kreise.
- Auf Gemeindeebene zeigen die Daten deutlich, dass vergleichsweise ungünstige Supermarkt oder Discountererreichbarkeiten v. a. in weiten Teilen Mecklenburg Vorpommerns und Brandenburgs bestehen. Aber auch in Teilen Schleswig-Holsteins, Niedersachsens, Thüringens, Bayerns und Rheinland-Pfalz finden sich Gemeinden mit einer ungünstigen Median-Erreichbarkeit des nächsten Supermarkts oder Discounters. Auffällig ist außerdem die Nord-Süd-Differenzierung in Bayern, wobei sich Gemeinden mit eher ungünstigen Erreichbarkeiten v. a. im nördlichen Bayern konzentrieren. Überwiegend eher günstige Median-Erreichbarkeiten sind dagegen in Nordrhein-Westfalen, Hessen sowie im Saarland zu finden.

Abbildung 15: Median Erreichbarkeit von Supermärkten und Discountern pro Kreis



Eigene Darstellung. Datenquellen: Standorte von Supermärkten und Discountern, Adressdatenanbieter „wer-zu-wem.de" Stand September 2013. Administrative Grenzen, vg250 Bundesamt für Kartographie und Geodäsie 2013. Berechnung: Thünen-Erreichbarkeitsmodell

Abbildung 16: Median Erreichbarkeit von Supermärkten und Discountern pro Gemeinde



Eigene Darstellung. Datenquellen: Standorte von Supermärkten und Discountern, Adressdatenanbieter „wer-zu-wem.de" Stand September 2013. Administrative Grenzen, vg250 Bundesamt für Kartographie und Geodäsie 2013. Berechnung: Thünen-Erreichbarkeitsmodell

6 Gesellschaftliche Reaktionen auf die Flüchtlingsentwicklung

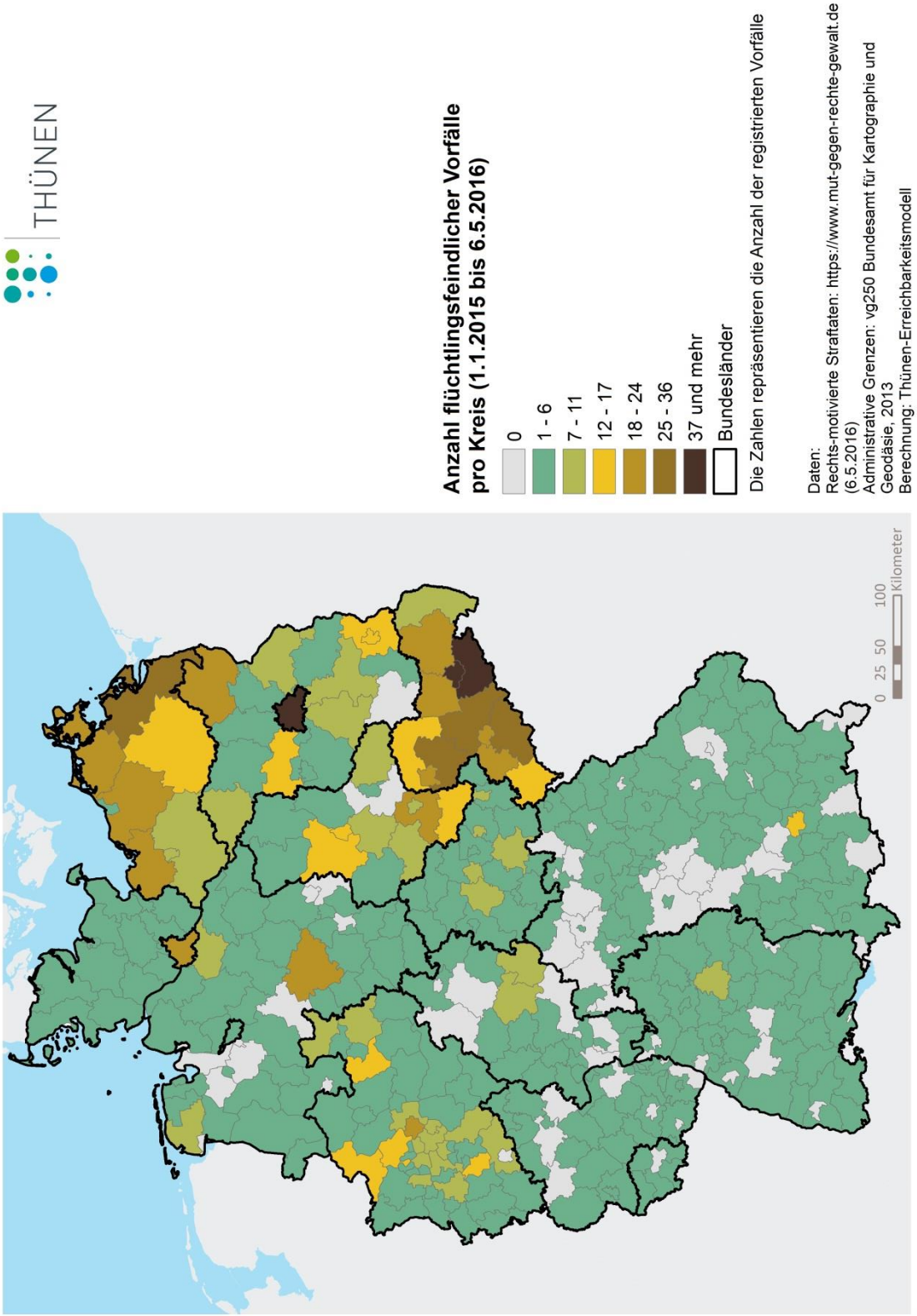
Indikator 14: Anzahl flüchtlingsfeindlicher Vorfälle zwischen Januar 2015 und Mai 2016

Definition	Anzahl der von der Organisation "mut-gegen-rechte-Gewalt.de" registrierten flüchtlingsfeindlichen Vorfälle zwischen Januar 2015 und Mai 2016
Quelle	mut-gegen-rechte-gewalt.de
Zeitbezug	Stand: 01.01.2015 bis 06.05.2016
Regionalität	Kartendarstellung: kreisfreie Städte und Landkreise; Gemeinden
Methodik	Die Datengrundlage des Indikators ist eine regionalisierte Auswertung von Medienberichten über flüchtlingsfeindliche Vorfälle (Angriffe auf Unterkünfte, tätliche Übergriffe/Körperverletzungen, Brandanschläge und flüchtlingsfeindliche Kundgebungen/Demonstrationen) durch die Organisation „mut-gegen-rechte-gewalt.de“.
Hinweis	Es handelt sich um einen Stellvertreterindikator für den Indikator „Gesellschaftliche Reaktionen auf die Flüchtlingsentwicklung“. Die Erfassung ist bis auf Gemeindeebene möglich. Einschränkend muss beachtet werden, dass durch die Aggregation der kleinräumig berechneten Daten (Ebene der Gemeinde) auf Ebene der Kreise interregionale Unterschiede „nivelliert“ werden (Problem der sich verändernden Gebietseinheiten/ Modifiable Areal Unit Problem). Es ist davon auszugehen, dass die flüchtlingsfeindlichen Vorfälle nicht vollständig erfasst und daher in einigen Regionen unterzeichnet sind. Dementsprechend ist die Karte lediglich als indikativ zu verstehen.
Aussage	Der Indikator gibt einen Hinweis auf die Häufigkeit flüchtlingsfeindlicher Vorfälle auf Basis der Kreise bzw. Gemeinden. Das vermehrte Auftreten solcher Vorfälle in einer Region kann als Hinweis darauf gewertet werden, dass dort Teile der Bevölkerung gegenüber Migranten und Flüchtlingen eine besonders ablehnende Haltung einnehmen.

Interpretationshinweise

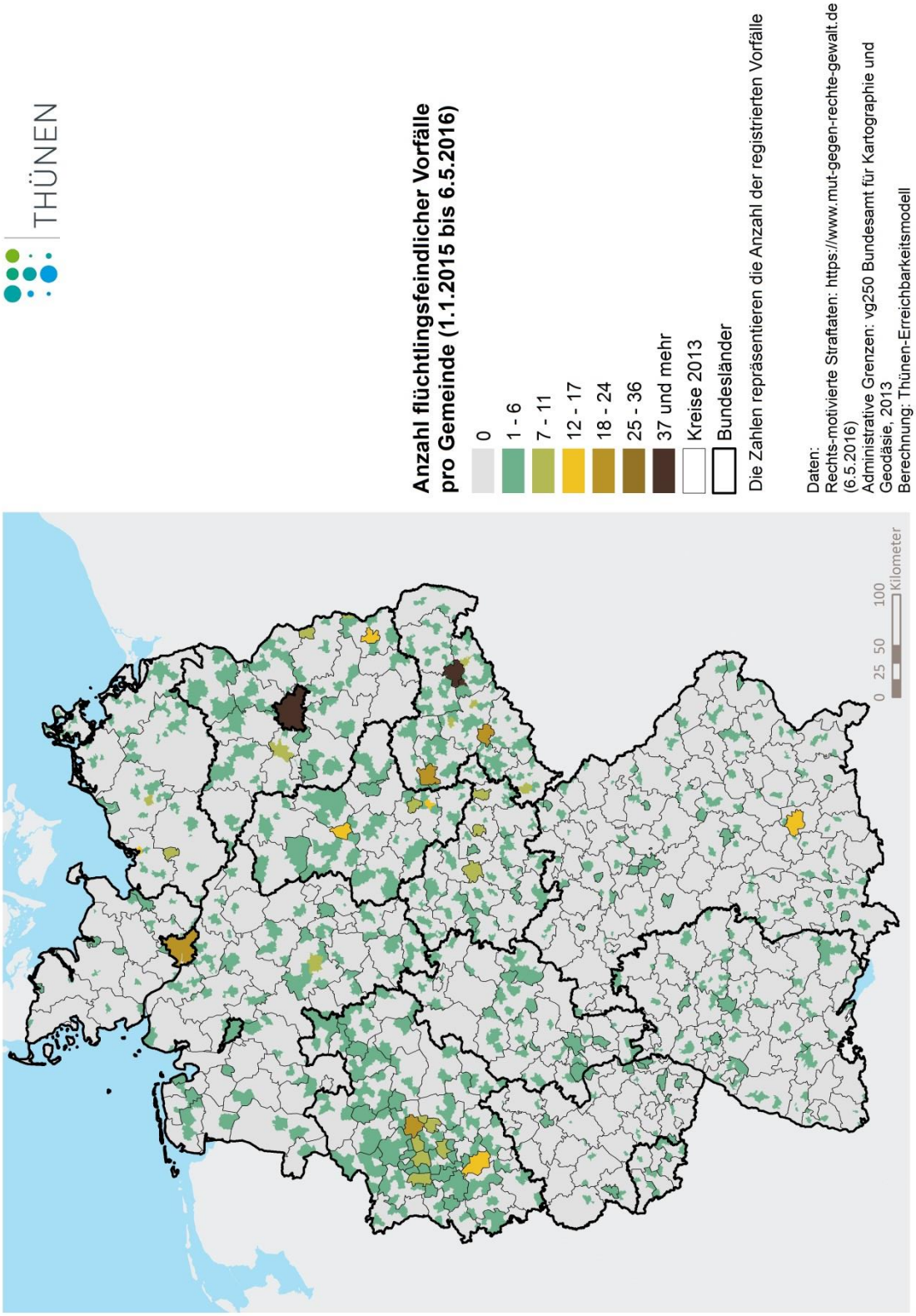
- Der Indikator zeigt sowohl auf Kreis-, als auch Gemeindeebene die von der Organisation „mut-gegen-rechte-gewalt.de“ registrierten flüchtlingsfeindlichen Vorfälle.
- Deutlich zeigt sich beim Vergleich der Daten auf Kreis- und Gemeindeebene das sogenannte „Problem der sich verändernden Gebietseinheiten“, d. h. die Nivellierung der interregionalen Unterschiede bei Aggregation der Daten. Das bedeutet, je größer die betrachtete Administrative Einheit ist, desto stärker weicht das Ergebnis der Aggregation von der Realität ab (vgl. z. B. Sachsen, Mecklenburg Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt). Weiterhin ist bei der Interpretation zu beachten, dass die Zahl der Vorfälle nicht zur Einwohnerzahl der Landkreise oder Kommunen in Beziehung gesetzt wird.
- Bei Betrachtung auf Kreisebene lassen sich die meisten flüchtlingsfeindlichen Vorfälle in Berlin (142) gefolgt vom Kreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (78) und Bautzen (75) registrieren.
- Sowohl auf Kreis- wie auch auf Gemeindeebene zeigen sich Schwerpunkte in den Bundesländern Mecklenburg Vorpommern, Thüringen, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt sowie Hamburg und Nordrhein-Westfalen.
- Insbesondere die Betrachtung der flüchtlingsfeindlichen Vorfälle auf dem Aggregationsniveau der Gemeinden zeigt im Vergleich zum Aggregationsniveau der Kreise, dass die zwischen dem 01.01.2015 und 06.05.2016 registrierten flüchtlingsfeindlichen Vorfälle insgesamt gesehen nur punktuell auftraten. Die Gemeinden ohne registrierte Vorfälle (grau) überwiegen. Dennoch lässt sich eine stärkere Häufung auf einem Band von Nordrhein-Westfalen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Brandenburg inkl. Berlin identifizieren.

Abbildung 17: Anzahl flüchtlingsfeindlicher Vorfälle zwischen Januar 2015 und Mai 2016 pro Kreis



Eigene Darstellung. Datenquellen: Flüchtlingsfeindliche Vorfälle, „mut-gegen-rechte-gewalt.de". Administrative Grenzen, vg250 Bundesamt für Kartographie und Geodäsie 2013. Berechnung: Thünen-Erreichbarkeitsmodell

Abbildung 18: Anzahl flüchtlingsfeindlicher Vorfälle zwischen Januar 2015 und Mai 2016 pro Gemeinde



Eigene Darstellung. Datenquellen: Flüchtlingsfeindliche Vorfälle, „mut-gegen-rechte-gewalt.de". Administrative Grenzen, vg250 Bundesamt für Kartographie und Geodäsie 2013. Berechnung: Thünen-Erreichbarkeitsmodell

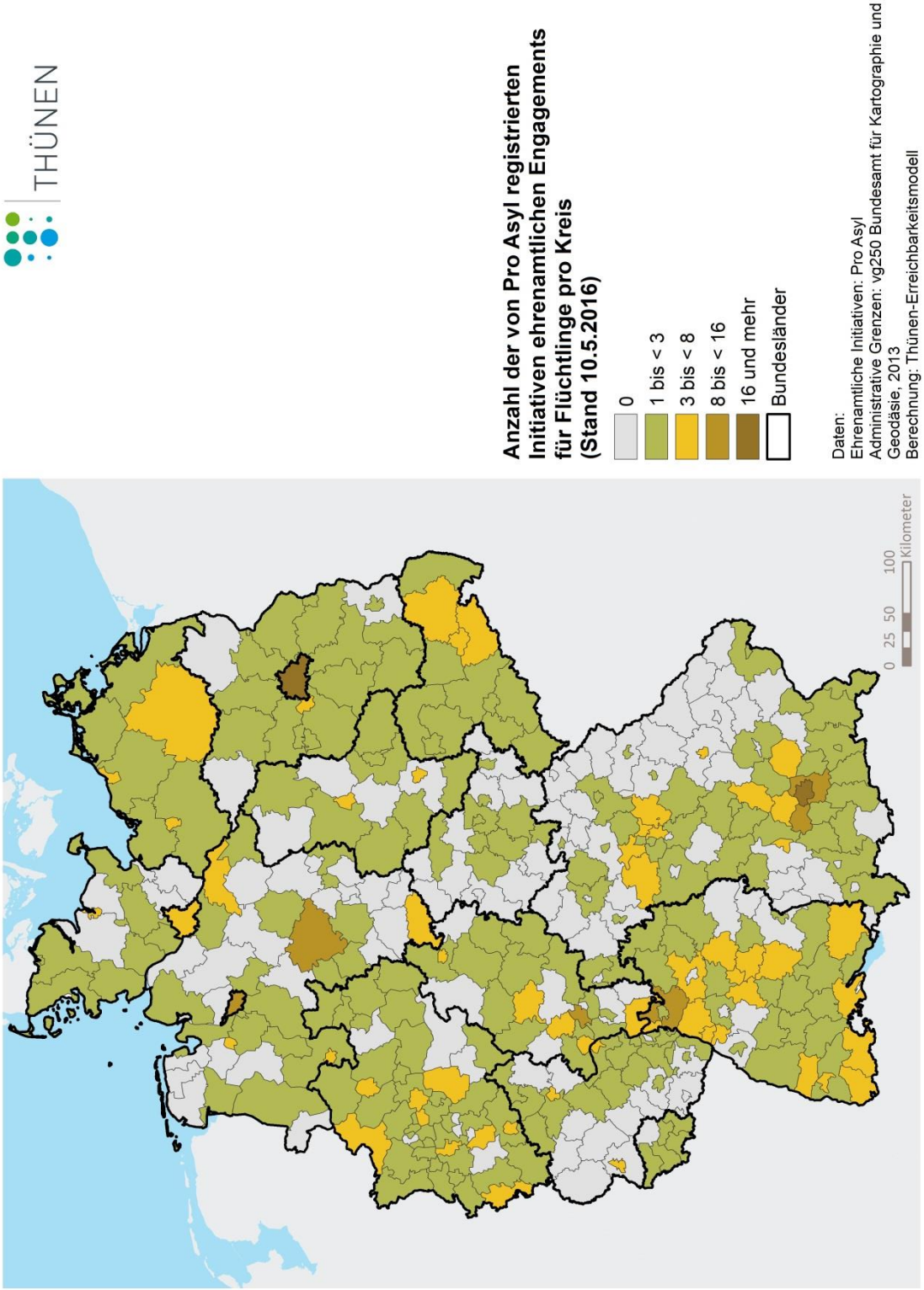
Indikator 15: Anzahl der von Pro Asyl registrieren Initiativen ehrenamtlichen Engagements

Definition	Anzahl der von der Organisation "Pro Asyl" registrierten Initiativen ehrenamtlichen Engagements für Flüchtlinge
Quelle	Pro Asyl
Zeitbezug	Stand: 10.05.2016
Regionalität	Kartendarstellung: kreisfreien Städte und Landkreise; Gemeinden
Methodik	Die Datengrundlage des Indikators ist eine regionalisierte Erfassung ehrenamtlicher Initiativen, die sich für die Integration von Flüchtlingen engagieren; die Erfassung erfolgt durch die Organisation „Pro Asyl“.
Hinweis	Es handelt sich um einen Stellvertreterindikator für den Indikator „Gesellschaftliche Reaktionen auf die Flüchtlingsentwicklung“. Die Erfassung ist bis auf Gemeindeebene möglich. Einschränkend muss beachtet werden, dass durch die Aggregation der kleinräumig berechneten Daten (Ebene der Gemeinde) auf Ebene der Kreise interregionale Unterschiede „nivelliert“ werden (Problem der sich verändernden Gebietseinheiten/ Modifiable Areal Unit Problem). Da Eintragungen in die Datenbank der ehrenamtlichen Initiativen von „Pro Asyl“ auf freiwilliger Basis erfolgen, ist außerdem davon auszugehen, dass in der Datenbank nicht alle Initiativen gespeichert sind. Das hat zur Folge, dass der Indikator somit die ehrenamtlichen Initiativen aller Wahrscheinlichkeit nach unterzeichnet. Dennoch gibt der Indikator einen Hinweis auf Regionen mit verstärktem ehrenamtlichen Engagement im Hinblick auf die Unterstützung von Flüchtlingen.
Aussage	Das vermehrte Auftreten solcher ehrenamtlichen Initiativen in einer Region kann als Hinweis darauf gedeutet werden, dass dort Teile der Bevölkerung Flüchtlingen besonders positiv begegnen.

Interpretationshinweise

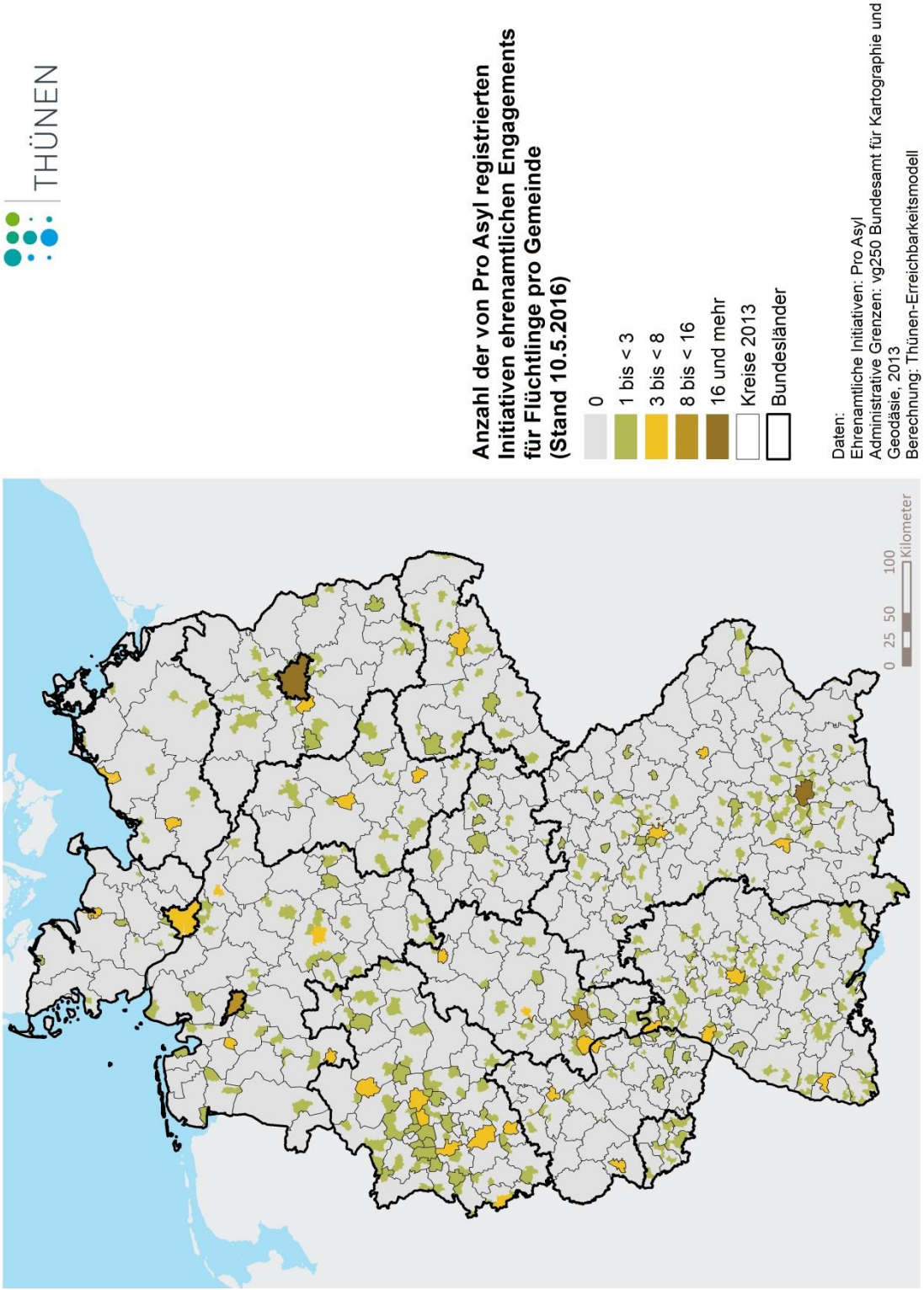
- Der Indikator zeigt sowohl auf Kreis-, als auch Gemeindeebene die von der Organisation „Pro Asyl“ registrierten Initiativen ehrenamtlichen Engagements für Flüchtlinge.
- Deutlich zeigt sich beim Vergleich der Daten auf Kreis- und Gemeindeebene das „Problem der sich verändernden Gebietseinheiten“, d. h. die Nivellierung der interregionalen Unterschiede bei Aggregation der Daten. Das bedeutet, je größer die betrachtete Administrative Einheit ist, desto stärker weicht das Ergebnis der Aggregation von der Realität ab (vgl. z. B. Sachsen, Mecklenburg Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt). Weiterhin ist bei der Interpretation zu beachten, dass die Zahl der Vorfälle nicht zur Einwohnerzahl der Landkreise oder Kommunen in Beziehung gesetzt wird.
- Bei Betrachtung auf Kreisebene lassen sich die zahlenmäßig meisten registrierten Initiativen ehrenamtlichen Engagements für Flüchtlinge in Berlin (40) gefolgt von München (40) und Frankfurt am Main (16) identifizieren.
- Die Darstellung auf dem Aggregationsniveau der Gemeinden zeigt im Vergleich zum Aggregationsniveau der Kreise, dass die registrierten Initiativen ehrenamtlichen Engagements für Flüchtlinge insgesamt gesehen punktuell verteilt sind, die Gemeinden in denen keine entsprechenden Initiativen registriert sind, überwiegen (graue Bereiche in der Karte). Eine regionale Häufung von Gemeinden mit Initiativen ehrenamtlichen Engagements für Flüchtlinge lässt sich in Nordrhein-Westfalen, München inkl. Umland, Stuttgart inkl. Umland sowie im Bereich Südhessen sowie im Norden von Baden-Württemberg identifizieren.
- Interessant sind die Karten zu den Initiativen ehrenamtlichen Engagements (Abbildung 19, Abbildung 20) für Flüchtlinge im Vergleich mit den Karten flüchtlingsfeindlichen Vorfälle (Abbildung 17, Abbildung 18). Im direkten Vergleich wird deutlich, dass gerade in Regionen, in denen vergleichsweise viele flüchtlingsfeindlichen Vorfälle registriert wurden, auch etliche Initiativen ehrenamtlichen Engagements für Flüchtlinge existieren. Dies lässt sich als ein Hinweis darauf interpretieren, dass dort neben den stark ablehnenden Teilen der Bevölkerung, andere Teile der Bevölkerung der Integration von Flüchtlingen durchaus positiv gegenüberstehen (vgl. z. B. Sachsen oder Nordrhein-Westfalen).

Abbildung 19: Anzahl der von Pro Asyl registrieren Initiativen ehrenamtlichen Engagements für Flüchtlinge pro Kreis



Eigene Darstellung. Datenquellen: Ehrenamtliche Initiativen, Pro Asyl (Stand 10.05.2016). Administrative Grenzen, vg250 Bundesamt für Kartographie und Geodäsie 2013. Berechnung: Thünen-Erreichbarkeitsmodell

Abbildung 20: Anzahl der von Pro Asyl registrieren Initiativen ehrenamtlichen Engagements für Flüchtlinge pro Gemeinde



Eigene Darstellung. Datenquellen: Ehrenamtliche Initiativen, Pro Asyl (Stand 10.05.2016). Administrative Grenzen, vg250 Bundesamt für Kartographie und Geodäsie 2013. Berechnung: Thünen-Erreichbarkeitsmodell

7 Bestehender Integrationsbedarf

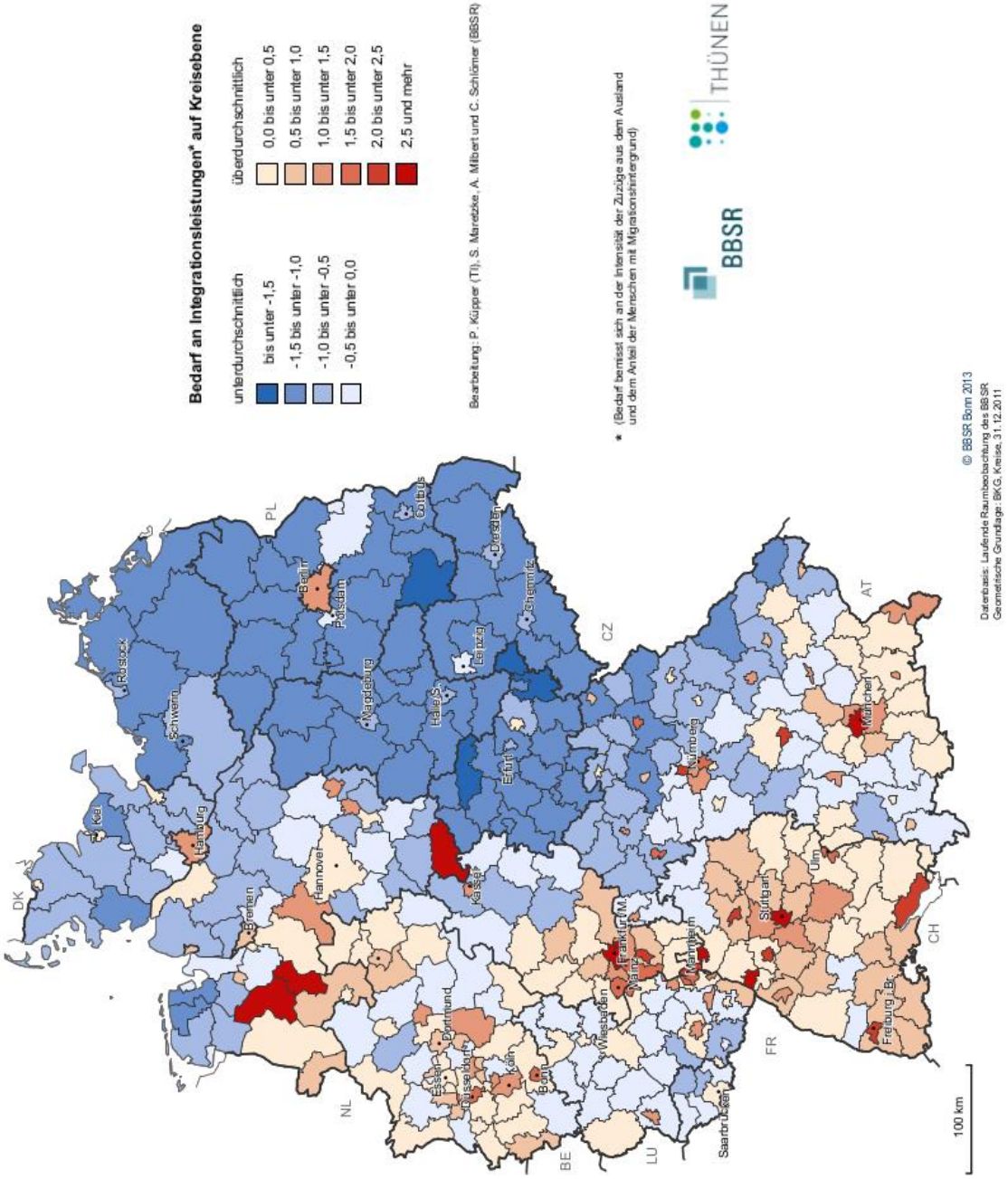
Indikator 16: Index Integrationsbedarf (Menschen mit Migrationshintergrund und Zuzüge aus dem Ausland)

Definition	Index zur Identifizierung von Regionen, die einen besonderen Bedarf bei der Integration von Migranten aufweisen. Integrationsbedarf wird anhand des Anteils Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung sowie der Zuzüge aus dem Ausland definiert
Quelle	Datengrundlage: Laufende Raumbeobachtung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) Berechnung: Patrick Küpper (TI), Steffen Maretzke, Antonia Milbert und Claus Schlömer (BBSR) 2013
Zeitbezug	Anteil Menschen mit Migrationshintergrund: 2011 Zuwanderung aus dem Ausland: 2000-2010
Regionalität	Kreisebene
Methodik	In dem Index werden die beiden Indikatoren Anteil Menschen mit Migrationshintergrund und die durchschnittliche Zuzugsrate aus dem Ausland von 2000 bis 2010 gleichgewichtet additiv verknüpft (Küpper, Maretzke, Milbert, Schlömer 2013). Die Kombination der beiden Indikatoren begründet sich daraus, dass der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund Hinweise darauf gibt, wie viele Menschen integriert werden mussten und müssen, während die Zuzugsrate die aktuelle Dynamik abbildet. Die Grundannahme besteht darin, dass auch Menschen mit Migrationshintergrund, die bereits vor langer Zeit zugewandert oder Migranten in der zweiten Generation sind, zu einem gewissen Anteil noch anhaltender Bedarf zur Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft aufweisen. Bei den aktuell aus dem Ausland Zuwandernden wird hingegen unterstellt, dass hierbei der Bedarf nach kurzfristigen Integrationsleistungen, wie z. B. Sprachkursen, besonders hoch ist.
Hinweis	Der Index wurde im Rahmen der Arbeitsgruppe D „Regionen im demographischen Wandel stärken“ entwickelt. Dabei wurden die Indikatorenauswahl und die jeweiligen Gewichtungen mit den Mitgliedern der ressort- und ebenenübergreifenden Arbeitsgruppe diskutiert und abgestimmt. Der Index gibt den Integrationsbedarf allenfalls sehr grob wieder. In beiden Indikatoren wird nicht nach Migrantengruppen differenziert, deren Integrationsbedarf sich zum Teil erheblich unterscheidet. So enthalten Zuzüge aus dem Ausland sowohl Rückwanderer von Deutschen als auch Zuwanderung aus benachbarten Staaten, wie aus Luxemburg, der Schweiz und der Niederlande. Letzteres trifft auch auf die Menschen mit Migrationshintergrund zu. Ein weiteres Problem bei der Interpretation der Daten ergibt sich daraus, dass hierbei keine Informationen zur Aufnahmefähigkeit der entsprechenden Regionen berücksichtigt wurden, wodurch Integration erleichtert oder erschwert werden kann.
Aussage	Der Index gibt an, wo besondere Herausforderungen bei der Integration von Zuwanderern bestehen und zukünftig zu erwarten sind. Der Index ist z-transformiert. Das bedeutet, dass Werte über Null einen überdurchschnittlichen Integrationsbedarf aller deutschen Kreise darstellen und Werte unter Null einen unterdurchschnittlichen.

Interpretationshinweise

- Der Integrationsbedarf ist insbesondere in den wirtschaftlich starken Großstädten von Hessen, Baden-Württemberg und Bayern besonders hoch. Gleiches gilt für die Region Cloppenburg und Vechta sowie für Göttingen. Diese sind zum einen durch das Grenzdurchgangslager in Friedland bei Göttingen und andererseits durch den hohen Anteil ausländischer Beschäftigter in landwirtschaftlichen Intensivgebieten in Nordwestdeutschland zu erklären.
- Vergleichsweise hoher Integrationsbedarf in einigen grenznahen Landkreisen zu den Niederlande, Schweiz und Österreich dürften auf den Zuzug aus dem benachbarten Ausland zurückzuführen sein.
- In Baden-Württemberg und im südlichen Teil von Hessen besteht ein nahezu flächendeckend hoher Integrationsbedarf. Auch im Süden von Bayern, im Ruhrgebiet und südlich von der Hansestadt Bremen liegt der Integrationsbedarf noch vergleichsweise hoch und regional konzentriert.
- Insbesondere in den neuen Bundesländern, aber auch in eher ländlich geprägten Landkreisen der alten Bundesländer, ist der Integrationsbedarf gemessen an diesem synthetischen Indikator für die Situation 2011 niedrig. Landkreise der neuen Bundesländer mit leicht erhöhtem aber immer noch niedrigen Integrationsbedarf sind Ludwigslust-Parchim, Potsdam, Oder-Spree-Kreis, Frankfurt a.d.O., Leipzig und Saale-Holzlandkreis.

Abbildung 21: Regionen im Demografischen Wandel - Integrationsbedarf



Datengrundlage: Laufende Raumbeobachtung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). Bearbeitung: P. Küpper (TI), S. Maretzke, A. Milbert und C. Schlömer (BBSR). Administrative Grenzen, vg250 Bundesamt für Kartographie und Geodäsie 2011.

III Abschließende Bemerkungen

Die verwendeten 16 Indikatoren liefern eine differenzierte Darstellung der Integrationspotenziale von Landkreisen in den einzelnen - hier als integrationsrelevant angenommenen - Bereichen. Wir haben ganz bewusst davon Abstand genommen, diese 16 Indikatoren zu einem zusammenfassenden Integrationsindex zu verdichten, weil wichtige Voraussetzungen hierfür nicht gegeben sind. Im Einzelnen sind folgende Gründe ausschlaggebend.

- Zunächst sind wichtige Indikatoren selbst auf Landkreisebene nicht verfügbar (z. B. offene Stellen für gering Qualifizierte) oder fehlen ganz, wie z. B. Daten über die sozialräumliche Verteilung leerstehenden Wohnraums. Diese wären wichtig, um sozial stigmatisierte Ghettos zu verhindern. Sehr relevant wären auch Daten zur ÖPNV-Erreichbarkeit integrationsbezogen wichtiger Angebote, bessere Daten und Indikatoren zum Umfang zivilgesellschaftlichen Engagements für Flüchtlinge (Willkommenskultur) und zum Umfang fremdenfeindlicher Aktivitäten (Ablehnungskultur) sowie aktuelle Daten zur Belastungssituation durch Flüchtlinge, d. h. aktuelle Angaben zur Anzahl bereits ansässiger Asylbewerbern, anerkannter Flüchtlinge und Flüchtlingen mit Duldungsstatus nach Landkreisen wie auch die zusätzliche finanzielle und personelle Belastung hierdurch. Mit letztgenannten Angaben könnten regionale Unterschiede der schon bestehenden Integrations-Belastung erheblich besser abgeschätzt werden als mit dem oben dargestellten Index Integrationsbedarf (vgl. oben Teil II, Kapitel 7).

- Weiterhin stellen selbst Kreisindikatoren aufgrund der sehr unterschiedlichen Größe der Landkreise in Deutschland und der mit der Größe wachsenden Heterogenität innerhalb der Landkreise nur unvollständige Informationen bereit. Die geeignete räumliche Bezugsebene unterscheidet sich je nach Indikator. So ist zum Beispiel verfügbarer Wohnraum auf Kreisebene bei großen Landkreisen nur ein bedingt hilfreicher Indikator. Ebenso erfassen Arbeitsmarktindikatoren auf Kreisebene die jeweilige Situation nur unzureichend, weil Teile von Landkreisen etwa in der Nähe von Ballungszentren durchaus sehr günstige Rahmenbedingen im Hinblick auf Beschäftigungsmöglichkeiten bieten können (Auspendlerlandkreise) – Voraussetzung ist eine gute Erreichbarkeit, auch mit dem ÖPNV.

- Einmal angenommen, die benötigten Daten wären sehr kleinräumig verfügbar, so bliebe für einen Gesamtindex dennoch zu entscheiden, wie die verschiedenen Indices zueinander zu gewichten sind. Ist beispielsweise verfügbarer Wohnraum höher zu gewichten als ein höheres Angebot an Ausbildungsplätzen oder ist es eher umgekehrt? Wiegt ein hohes Maß an zivilgesellschaftlichem Engagement Nachteile bei der Erreichbarkeit und Zentralität auf? Können flüchtlingsfeindliche Straftaten durch einen geringen kommunalen Schuldenstand wettgemacht werden, der größere Spielräume für eine proaktive kommunale Integrationspolitik eröffnet als bei hoch verschuldeten Kommunen? Fragen wie diese zeigen, dass es keineswegs einfach ist, geeignete, belastbare Gewichtungen für einzelne Indikatoren zu finden – vor allem deshalb, weil die sich die gewählten Gewichtungen sehr stark auf das Ergebnis auswirken.

- Der Vergleich mit den Karten des empirica-Instituts belegt (vgl. Teil II, Kap. 1 und 3), wie stark die jeweiligen Ergebnisse vom gewählten Indikator (Beispiel Arbeitslose je Beschäftigte oder je Erwerbsfähige), von der Anzahl, dem Zuschnitt der gebildeten Klassen und der räumlichen Bezugsebene abhän-

gen. Mit der Entscheidung für die jeweilige Variante wird erheblicher Einfluss auf das dargestellte Ergebnis und die daraus möglicherweise abgeleiteten Empfehlungen und Entscheidungen genommen.

- Eine Aggregation der Indikatoren zu einem Gesamtbild (Karte der Integrationspotenziale) würde daher falsche Gewissheiten suggerieren. Die öffentlichen Reaktionen auf andere Unternehmungen dieser Art belegen, dass Medien und Politik eine entsprechende Karte der Integrationspotenziale breit und intensiv rezipieren würden, ungeachtet aller Vorbehalte, Differenzierungen und Relativierungen bezüglich der Aussagekraft.
- Auch das Gutachten des IW kommt nach intensiver Darstellung und Erörterung verschiedener Indikatoren zur Integrationsfähigkeit von Kreisen zum gleichen Ergebnis: „[E]ine Entscheidung darüber, welche Faktoren konkret berücksichtigt und wie gewichtet werden sollten, [müsste] mit tiefergehenden wissenschaftlichen Untersuchungen zum Einfluss der einzelnen Faktoren auf die Unterbringungs-, Versorgungs- und Integrationskapazitäten der Kommunen untermauert werden.“ (Geis und Orth, 2016, S. 45).

Abschließend bleibt anzumerken, dass Integration als ein mehrdimensionaler Prozess zwischen Aufnahmegesellschaft und den neu Hinzugekommenen aufgefasst werden muss. Mit den dargestellten 16 Indikatoren wird versucht, die Integrationspotenziale der lokalen Aufnahmegesellschaft bzw. der dortigen administrativen und politischen Instanzen regional differenziert und in unterschiedlichen Bereichen zu erfassen. Ausgeblendet bleibt dabei die Perspektive der aufgenommenen Menschen und die Frage, welche Faktoren ihren Integrationswillen und ihr Integrationspotenzial positiv beeinflussen.

Literaturverzeichnis

Amt für Raumentwicklung und Geoinformation, Kanton St. Gallen (AREG) (2008): Erreichbarkeit Grundversorgung. http://www.sg.ch/home/bauen__raum___umwelt/raumentwicklung/raumbeobachtung/indikato-ren_zur_raeumlichen.____etc____medialib____dokument_library____bauen__raum___umwelt____raumentwicklung____raumbeobachtung.Par.0013.FileRef.tmp/ErreichbarkeitGrundversorgung_Kanton.pdf (Stand 24.03.2011)

Akademie für Raumforschung und Landesplanung, ARL (2016) Zentrale-Orte-System. http://www.arl-net.de/lexica/de/zentrale-orte-system?lang=en (Stand: 19.05.2016)

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2016) Migrationsbericht 2014 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung. Bonn/Nürnberg

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (Hrsg.) (2011) Nahversorgung und Nahmobilität: Verkehrsverhalten und Zufriedenheit. BMVBS-Online-Publikationen 08/2011. URL: http://www.bbsr.bund.de/nn_40.255526/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/Online/2011/ON082011.html (Stand: 02.10.2013)

Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (2002): Ergebnistelegram Mobilität in Deutschland 2002. URL: http://www.mobilitaet-in-deutschland.de/pdf/ergebnistelegramm_mobiltaet_in_deutschland_2002.pdf (Stand: 11.05.2015)

Brenzel H et al (2016) Revision der IAB-Stellenerhebung. Hintergründe, Methode und Ergebnisse. http://doku.iab.de/forschungsbericht/2016/fb0416.pdf. (Stand 22.05.2016)

Burgdorf A (2010) Disaggregation von Bevölkerungsdaten mittels ATKIS Basis DLM. Tagungsband Angewandte Geoinformatik 2010, 22. AGIT-Symposium 07.07.2010-09.07.2010, Salzburg.

EHI (2013), http://www.ehi.org/fileadmin/images/content_images/Presse/Handel_aktuell/Sortbreite_Definitionen.pdf (Stand: 01.10.2013)

Empirica (2015a) Familien aufs Land! Warum wir die Flüchtlinge im Leerstand unterbringen sollten und wie das funktionieren könnte, Empirica paper Nr. 228, Berlin

Empirica (2015b): Familien aufs Land – Teil 2. Flüchtlinge kommen überwiegend als Familien und sind in der Kleinstadt schneller integrierbar – der Staat muss deswegen lenkend eingreifen, Empirica paper Nr. 230, Berlin

Empirica (2016) Verteilung der Flüchtlinge in Deutschland – Vorschlag für eine nachhaltige regionale Verteilung. Endbericht. http://www.empirica-institut.de/thema/wirtschafts-und-sozialforschung/handlungskonzept-fluechtlinge/ (zitiert am 15.04.2016)

Geis W, Orth A-K (2016) Flüchtlinge regional besser verteilen. Ansatzpunkte für einen neuen Verteilungsmechanismus. Gutachten für die Robert Bosch Stiftung, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln. https://www.iwkoeln.de/studien/gutachten/beitrag/wido-geis-katrin-orth-fluechtlinge-regional-besser-verteilen-268527) (zitiert am 15.04.2016)

Götz-Neumann K (2006) Gehen verstehen. Ganganalyse in der Physiotherapie. Thieme, Stuttgart.

Granacher U, Mühlbauer T, Bridenbaugh S, Wherle A und Kressig RW (2012) Altersunterschiede beim Gehen unter Einfach- und Mehrfachtätigkeit. Age-Related differences During Single and Multi-Task Walking. In: Deutsche Zeitschrift für Sportmedizin, Jg. 61, Nr. 11: 258-263

Leser H, Haas H D, Moismann T und Paesler R (1993) Diercke, Wörterbuch der Allgemeinen Geographie, Band 2 N-Z, 7. Auflage, Westermann, Braunschweig

Mehl P (2015) Stellungnahme zu: Familien aufs Land – Flüchtlinge kommen überwiegend als Familien und die sind in der Kleinstadt schneller integrierbar – der Staat muss deswegen lenkend eingreifen (empirica Paper Nr. 230)

Mehl P, Becker H und Plankl R (2016) Stellungnahme zu: Verteilung der Flüchtlinge in Deutschland. Vorschlag für eine nachhaltige regionale Verteilung

Morgenroth O (2008) Zeit und Handeln. Psychologie der Zeitbewältigung, Stuttgart

Neumeier S (2014) Modellierung der Erreichbarkeit von Supermärkten und Discountern. Untersuchung zum regionalen Versorgungsgrad mit Dienstleistungen der Grundversorgung (= Thünen Working Paper 16)

Neumeier S (2015) Lokale Verteilung Ambulanter Pflegedienste nach SGB XI in Deutschland auf Basis eines rasterbasierten GIS-Erreichbarkeitsmodells (=Thünen Working Paper 47)

Perry J (1992) Gait Analysis: Normal and Pathological Function, SLACK

Rich A-K (2016) Sozialstruktur, Qualifikationsniveau und Berufstätigkeit, BAMF-Kurzanalyse, 3/2016, Nürnberg

Rink D und Wolff M (2015) Wohnungsleerstand in Deutschland. Zur Konzeptualisierung der Leerstandsquote als Schlüsselindikator der Wohnungsmarktbeobachtung anhand der GWZ 2011, RAUMFORSCHUNG, RAUMORDNUNG 73:311-325, DOI 10.1007/s13147-015-0361-8

Küpper P, Maretzke S, Milbert A und Schlömer C (2013) Darstellung und Begründung der Methodik zur Abgrenzung vom demografischen Wandel besonders betroffener Gebiete [online]. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut. <http://www.demografie-portal.de/SharedDocs/Arbeitsgruppen/DE/2012/Ergebnisse/AG_D_Methodik_Abgrenzung.pdf?__blob=publicationFile&v=6> (Stand: 10.12.2013)

Schätzl L (1993) Wirtschaftsgeographie 1. Theorie. 5. Auflage (Paderborn, München, Wien, Zürich: Schöningh)

Schürt A (2014) Aktuelle und zukünftige Entwicklung von Wohnungsleerständen in den Teilräumen Deutschlands. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Bonn. Statistisches Bundesamt (2015) Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters, Wiesbaden

Wagner D, Uhlenbrock K (2003) Infoblatt Modell der Zentralen Orte. https://www.klett.de/alias/1004478 (Stand: 19.05.2016)

Anhang

Anhang

Erläuterung: Zentrale-Orte-System

Das raumordnerische Konzept zur Entwicklung der Siedlungsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland basiert auf dem System der Zentralen Orte, das auf die Arbeiten des Geographen Walter Christaller zurückgeht (vgl. Schätzl, 1993). Der Grundgedanke hinter dem Konzept ist, dass durch Ausweisung Zentraler Orte unterschiedlicher sogenannter Zentralitätsstufen (u. a. definiert nach Mindestinfrastrukturausstattung) die flächendeckend Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen in zumutbarer Entfernung zum Wohnort gewährleistet wird.

Das Zentrale-Orte-System gliedert sich dabei hierarchisch in Unterzentren (ausgewiesen durch die jeweiligen Regionalpläne), Mittelzentren und Oberzentren (ausgewiesen durch die jeweilige Landesplanung). Orte einer bestimmen Zentralitätsstufe sollen dabei eine gewisse Mindestinfrastrukturausstattung aufweisen, wobei Unterzentren den Grundbedarf (Hauptschule, Arzt, Apotheke, Handwerksbetriebe, etc.), Mittelzentren den gehobenen und periodischen Bedarf (zum Abitur führende Schulen, Krankenhäuser, vielseitige Einkaufsmöglichkeiten, etc.) und Oberzentren den höheren spezialisierten Bedarf (Fachhochschulen/ Universitäten, Spezialkliniken, Großkaufhäuser, etc.) decken sollen. Das bedeutet, dass mit den Zentralen Orten „Versorgungspunkte“ geschaffen werden, die sich selbst und ihr Umland mit bestimmten ausgewählten Dienstleistungen bedienen (vgl. Leser et al., 1993; Wagner, Uhlenbrock, 2003; ARL, 2016).

Erläuterung: Methodik der Erreichbarkeitsberechnung

Berechnet wurden die Indikator „Erreichbarkeit von Zentralen Orten“, „Erreichbarkeit von Mittelzentren“ und „Erreichbarkeit von Supermärkten oder Discountern“ anhand der geographischen Erreichbarkeit im Verkehrswegenetz mit dem sogenannten Rasteransatz mit Hilfe des Thünen-Erreichbarkeitsmodells (vgl. z. B. Neumeier, 2015). Dazu wurde ein Vektorraster mit einer Kantenlänge von 250 m über die Siedlungsfläche von Deutschland gelegt und dann im Verkehrswegenetz die Entfernung vom Mittelpunkt jeder Vektorrasterzelle zum jeweils nächstgelegenen „Zentralen Ort“, „Mittelzentrum“ bzw. „Supermarkt oder Discounter“ berechnet. Der ermittelte Entfernungswert wurde dann der entsprechenden Vektorrasterzelle zugeordnet. In einem weiteren Schritt wurden die Werte der einzelnen Vektorrasterzellen, die in einen Kreis bzw. eine Gemeinde fallen durch Wahl des Medians zu einem Erreichbarkeitswert für die entsprechende administrative Gebietseinheit aggregiert.

Als Grundlage für das der Analyse zugrunde liegende Vektorraster dient das EWZ 250 des BBSR (vgl. Burgdorf 2010). Die Entfernungsberechnung zu Zentralen Orten erfolgte über die Open Source Routing Machine (OSRM) im Verkehrswegenetz der der OpenStreetMap (OSM). Die Entfernungsberechnung zu Supermärkten und Discountern erfolgte mittels des „a-star-shortest path“ Algorithmus in einer Postgresql Datenbank auf Basis eines kommerziellen Verkehrswegenetzes. Das heißt für jeden Startpunkt im Analyseraster (Mittelpunkt einer Rasterzelle) wurde die Entfernung zum jeweils nächstgelegenen Zielpunkt des Zielpunkterasters (Zentraler Ort, Mittelzentrum, Supermarkt oder Discounter) berechnet.

Die Daten zu den Zentralen Orten wurden vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung auf Gemeindeebene zur Verfügung gestellt. Um ausgehend von diesen Daten Zielpunkte (Zentrale-Orte) für die Berechnung zu erhalten, wurde auf Basis des Analyserasters ein Zielpunkteraster mit Zentralitätsinformationen erstellt. Dazu wurde das Analyseraster mit den Gemeindegeometrien verschnitten, wobei jedem Mittelpunkt einer Vektorrasterzelle des Analyserasters die entsprechende Zentralitätsinformation derjenigen Gemeinde zugewiesen wurde in der dieser Mittelpunkt liegt.

Abgrenzung von guter zu schlechter Erreichbarkeit:

Als Schwellenwert zur Abgrenzung einer guten von einer eher schlechten Erreichbarkeit wurde eine Wegezeit von 15 Minuten gewählt, da mehrere Studien darauf hinweisen, dass diese Zeit die akzeptierte Obergrenze zur Erreichung von Einrichtungen der Grundversorgung darstellt (vgl. AREG, 2008; BMVBS, 2011). Verschiedene Untersuchungen belegen, dass die Gehgeschwindigkeit bei langsam gehenden Menschen 1,3 m/s beträgt (Perry, 1992; Götz-Neumann, 2006; Morgenroth, 2008; Granacher et al., 2010). In 15 Minuten können basierend auf diesem Wert daher zu Fuß 1.170 m zurückgelegt werden. Gemäß einer Studie des BMVBS beträgt in Deutschland die durchschnittliche PKW-Geschwindigkeit über alle Straßentypen 33 km/h (BMVBS 2002). Dementsprechend können mit dem PKW in 15 Minuten 8.250 m zurückgelegt werden.

Bibliografische Information:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikationen in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter www.dnb.de abrufbar.

Bibliographic information:
The Deutsche Nationalbibliothek (German National Library) lists this publication in the German National Bibliographie; detailed bibliographic data is available on the Internet at www.dnb.de

Bereits in dieser Reihe erschienene Bände finden Sie im Internet unter www.thuenen.de

Volumes already published in this series are available on the Internet at www.thuenen.de

Zitationsvorschlag – *Suggested source citation:*
Plankl R, Neumeier S, Osigus T, Küpper P, Mehl P (2016) Indikatoren und Karten zur Darstellung von Potenzialen bei der Aufnahme von Flüchtlingen auf Landkreisebene. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut, 77 p, Thünen Working Paper 59, DOI:10.3220/WP1467711761000

Die Verantwortung für die Inhalte liegt bei den jeweiligen Verfassern bzw. Verfasserinnen.

The respective authors are responsible for the content of their publications.

THÜNEN

Thünen Working Paper 59

Herausgeber/Redaktionsanschrift – *Editor/address*
Johann Heinrich von Thünen-Institut
Bundesallee 50
38116 Braunschweig
Germany

thuenen-working-paper@thuenen.de
www.thuenen.de

DOI:10.3220/WP1467711761000
urn:nbn:de:gbv:253-201607-dn056918-3